Abend-Ausgabe. Nr. 76. Berlin, Dienstag, den 14. Februar 1893.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnementspreis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Nr. 76. Abend-Ausgabe. Berlin, Dienstag, den 14. Februar 1893.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgrätzer-Straße № 15, und die bekannten Spediteure. Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Wien, 13. Februar. (D. B. H.) Der Hirtenbrief des Olmützer Erzbischofs Kohn, dem auch Theile Preußisch-Schlesiens unterstehen, berührt weder die politischen Fragen, noch die Schulfrage. Er empfiehlt den Gläubigen Duldsamkeit und Verträglichkeit.

Brüx, 14. Februar. (H. T. B.) Gegenwärtig striken 3000 Bergarbeiter auf 11 Schächten; man befürchtet Ausschreitungen, da die Einfahrenden von den Strikenden gehindert werden.

Lemberg, 14. Februar. (H. T. B.) Nach Meldungen polnischer Blätter aus Warschau entzog General-Gouverneur Gurko sechs polnischen Geistlichen, welche zahlreichen Unirten, die zwangsweise zum russisch-orthodoxen Glauben bekehrt wurden, Sakramente gespendet hatten, die priesterlichen Funktionen und belegte sie außerdem mit empfindlichen Strafen.

Pest, 14. Februar. (D. B. H.) Aufsehen erregt inmitten der großen kirchenpolitischen Bewegungen ein Trinkspruch des Erzbischofs Sammassias, der in seinem Palais gestern ein Diner gab. Zu demselben war Ministerpräsident Wekerle geladen. Im Laufe des Diners toastete der Erzbischof auf den Ministerpräsidenten, welch letzteren er einen „Goldmacher" nannte. Ungarn erfreue sich des Ruhmes seines Genius und blicke mit berechtigten großen Hoffnungen auf Wekerle, indem es an seine großen Interessen, an die öffentliche Freiheit, an seine Rechte und an jene Institutionen denkt, welche die nöthigen Bedingungen seiner Kraft, seiner Stabilität, seines Fortschrittes und seiner Macht bilden müßten. Wekerle werde diesen Hoffnungen entsprechen; er werde alles thun für die Nation mit der Nation.

Paris, 14. Februar. (D. B. H.) Eine offiziöse Note besagt: Frankreich und Rußland verweigerten der Türkei die verlangte Intervention zwecks Zurückzuges der kürzlich nach Egypten versandten Truppen; Frankreich und Rußland könnten nur auf eine offizielle Note des Sultans und mit Einstimmung Englands der Bitte nachkommen.

Paris, 14. Februar. (D. B. H.) Der zweite Panamaprozeß vor dem Assisenhof wird am 6. März beginnen. — Die französische Regierung ließ Herz ärztlich untersuchen, ob er wirklich so krank sei, wie angegeben wurde. Das Resultat der Untersuchung wird geheim gehalten; es soll später veröffentlicht werden.

London, 13. Februar. (W. T. B.) In Pontefract fand heute für Rowland Winn, welcher infolge des Todes seines Vaters Mitglied des Oberhauses geworden ist, eine Ersatzwahl für das Unterhaus statt. Es wurde der Gladstoneaner Reckett mit 1228 Stimmen gewählt; der konservative Gegenkandidat Shaw erhielt 1165 Stimmen. Die Konservativen haben damit einen Sitz im Unterhause verloren.

London, 13. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. Auf eine von Sir E. Clarke gestellte Anfrage erklärte der Premier-Minister Gladstone, die irische Bodenfrage werde auf 3 Jahre dem Reichsparlamente reservirt bleiben.

London, 14. Februar, früh. (W. T. B.) Unterhaus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprach sich Sexton im allgemeinen zustimmend über die Homerule-Bill aus; dieselbe sei besser als die vom Jahre 1886. Da die zweite Kammer der irischen Legislatur die Gesetzgebung nur verzögern, aber nicht durch ein Veto beseitigen könne, so habe er nichts gegen diese Befugniß. Wenn die Beschränkung der Befugnisse der irischen Legislatur etwaige im öffentlichen Interesse nothwendige Gesetze nicht behellige, so habe er nichts dagegen. Was die finanzielle Frage angehe, so seien die bezüglichen Vorschläge besser als die von 1886, aber doch noch nicht ganz befriedigend, und er hoffe, daß die Regierung dieselben weiter erwägen werde.

London, 14. Februar. (W. T. B.) Der „Standard" hält Gladstones Homerule-Projekt für unausführbar und unmöglich. Die „Morningpost" wie auch „Daily News" geben zu, daß die jetzige Bill derjenigen von 1886 gegenüber eine Verbesserung bedeute. Die „Morningpost" fügt hinzu, die jetzige Bill habe auch eine bessere Aufnahme erfahren. Das Blatt tadelt aber ebenso wie die „Times" den Mangel jeder Klausel zum Schutz der Minorität der Protestanten und die Vertagung der Agrargesetzgebung. Die „Times" spricht sich gegen die Bill aus, weil sie keine definitive Lösung enthalte. In der Provinz wird die Homerule-Vorlage ziemlich kühl aufgenommen. Die Gladstoneschen Organe in Wales fordern als Vorbedingung für die Annahme der Bill die zu gleicher Zeit zu bewirkende Trennung der Kirche und des Staates in Wales.

Rom, 14. Februar. (D. B. H.) Abordnungen aus Uruguay, Argentinien und Montevideo sind hier zur Beglückwünschung des Papstes eingetroffen.

Brüssel, 14. Februar. (D. B. H.) Die Kaiserin Friedrich wird in den ersten Tagen des April hier erwartet; sie wird offiziell empfangen werden.

Brüssel, 14. Februar. (D. B. H.) Der Kongreß der Arbeitslosen ist beendigt. Es wurde beschlossen, Abordnungen an den König, die Minister und die Kammer zu senden. Die Arbeitslosen in Gent erklärten revoltiren zu wollen, falls nicht eine Aenderung ihrer Lage eintrete.

Brüssel, 14. Februar. (D. B. H.) Von den Sozialisten wurde eine Manifestation gegen das Militärgesetz, die tumultuarisch endete, ins Werk gesetzt. Die Redner wollten unter freiem Himmel sprechen, wurden aber von den Polizisten daran verhindert. Die Menge überfiel die Polizisten und mißhandelte sie schwer. Durch herbeieilende Polizeimannschaften wurden die Manifestanten, welche nach der Vorstadt Molenbeek zogen, vertrieben. Später fand die Manifestation trotz des Verbotes der Polizei unter freiem Himmel statt. Mehrere Personen wurden verwundet.

Helsingfors, 14. Februar. (W. T. B.) Am Sonnabend ist der Direktor der hiesigen Volksbank Lindroth verschwunden mit Hinterlassung eines Defizits in der Bankkasse, dessen Höhe noch nicht festgestellt ist.

Petersburg, 14. Februar. (W. T. B.) Die heutige Nummer des Gesetzblattes veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl zur Uebergabe sämmtlicher katholischer Kirchenschulen im Reiche an das Ministerium der Volksaufklärung, wobei der katholischen Geistlichkeit die Berechtigung gelassen wird, den Religionsunterricht in den genannten Schulen zu beaufsichtigen.

Kairo, 14. Februar. (W. T. B.) Telegramm des „Reuterschen Bureaus": Nach den Rechnungs-Ausweisen von 1892 betragen die direkt an die Kasse der öffentlichen Schuld gezahlten und für den Dienst derselben bestimmten Eingänge eine Million egyptische Pfund mehr, als zur Zahlung der Zinsen der öffentlichen Schuld erforderlich ist. Wie bekannt, hat Egypten 3½ Millionen an Zinsen zu zahlen.

Kairo, 13. Februar. (W. T. B.) Telegramm des Reuterschen Bureaus. Nach dem Rechnungs-Abschlusse des Budgets des Jahres 1892 betrugen die Einnahmen 10 370 000 egyptische Pfund, die Ausgaben 9 595 000 Pfund. Nach allen Abzügen verbleibt ein Ueberschuß von 768 000 Pfund. Die Konvertirung der öffentlichen Schuld ist bei diesem Ueberschuß mit 331 000 egyptische Pfund betheiligt. Die gesammte allgemeine Reserve des Jahres 1892 beläuft sich auf 3 400 000 Pfund. Die Rechnungen des Jahres 1892 weisen eine Besserung der Einnahmen aus den Zöllen, den Eisenbahnen und den indirekten Steuern auf. Die Ausgaben haben sich sonst nicht vermehrt. Die Amortisation der Staatsschuld in den Jahren 1891 und 1892 beläuft sich auf 430 000 Pfund.

Sofia, 14. Februar. (W. T. B.) Eine Proklamation des Ministerpräsidenten Stambulow macht die Depesche des Prinzen Ferdinand aus Florenz den 12. d. bekannt, in welcher dieser seine Verlobung mit der Prinzessin Marie Louise von Parma mittheilt. Die Proklamation schließt: „Ich bin glücklich, dem bulgarischen Volke die freudige Nachricht mittheilen zu können, und halte mich überzeugt, daß dieselbe jeden Bulgaren mit aufrichtiger Freude erfüllen, und daß die bedeutsame Thatsache die Freiheit und Zukunft Bulgariens sichern und kräftigen wird." (Prinzessin Marie Louise, Kgl. Hoheit, ist die älteste Tochter des Herzogs Robert von Parma, Piacenza u. s. w., aus dessen erster Ehe mit Maria Pia Prinzessin von Bourbon-Sizilien, und am 17. Januar 1870 zu Rom geboren. Prinz Ferdinand ist am 26. Februar 1861 geboren und am 7. Juli 1887 zum Fürsten von Bulgarien erwählt.

Zum „Bund der Landwirthe".

„Zur Kennzeichnung der unter den Landwirthen herrschenden Stimmung" hat die Redaktion eine Anzahl Zuschriften mitgetheilt. Vielleicht hat dieselbe die Güte, auch von mir, dem Unterzeichneten, der seit fast 25 Jahren in der agrarischen Bewegung steht und der sich auch an der Vor-Versammlung vom 4. d. M. aktiv betheiligte, eine von den bisher veröffentlichten abweichende Anschauung Ihrem Leserkreise nicht vorzuenthalten. — Das „audiatur et altera pars" ist bei Ihnen ja stets die Regel gewesen:

Der bekannte Aufruf des Herrn Ruprecht-Ransern hat berechtigtes Aufsehen erregt und gab den Ausgangspunkt für eine Bewegung unter den Landwirthen Norddeutschlands, wie wir dieselbe seit längerer Zeit nicht erlebten. — Der Aufruf gipfelte in der Forderung: „Wir müssen Politik — und zwar Interessenpolitik treiben — wir müssen uns zu einer agrarischen Partei zusammenschließen."

Auf Grund der Vorversammlung am 4. Februar d. J. in Berlin wurde ein provisorisches Komitee gebildet, das sich Herrn v. Plötz-Döllingen zum Vorsitzenden erwählte. — Durch Verhandlungen dieser Vorversammlung und durch eine Erklärung des Vorsitzenden Herrn v. Plötz vom 6. d. M. (in der „Kreuzzeitung" Nr. 64) wurde bekannt gegeben, daß sich die neue Vereinigung von Landwirthen Deutschlands als „ein unpolitischer Verein" konstituirt habe, der sich am 5. d. M. den Namen „Bund der Landwirthe" beilegte.

Es scheint mir daher die Bewegung in die gegentheilige Richtung geleitet worden zu sein.

Ich beklage dies. — Ich stehe auf dem Standpunkt, den Herr v. Plötz in seiner Kundgebung vom 22. Januar d. J. vertrat, daß wir nämlich genug unpolitische landwirthschaftliche Vereinigungen haben — Steuer- und Wirthschaftsreformer, Kongreß deutscher Landwirthe, Landwirthschafts-Gesellschaft, deutschen Bauernbund, gegen 3000 landwirthschaftliche Vereine nebst ihren Zentralvereinen u. s. w.

Was haben sie uns genützt?

Jetzt soll noch ein „Bund der Landwirthe" hinzutreten als 3000 und so und so vielter! — und wenn auch ein halbes Dutzend dieser Vereinigungen in ihm aufgehen sollte — was noch nicht feststeht.

Keine politische Partei ist bisher geschlossen für die nothwendigen Forderungen der deutschen Landwirthschaft eingetreten, mit der das Wohl und Wehe des Handwerks, der heimischen Industrie, des Handelstandes und aller deutschen Berufsstände überhaupt, soweit sie nicht sich ausschließlich auf den Welthandel stützen, verbunden ist. Ich erinnere daran, daß vor kurzem erst der Vorsitzende des Kongresses deutscher Landwirthe, der mit im Vorstande der konservativen Partei stand, für den Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich u. s. w. wirkte und stimmte.

Die Leiden der deutschen Landwirthschaft datiren allein aus der politischen Gesetzgebung der letzten 25 Jahre — eine Besserung kann daher, meiner Ansicht nach, auch nur auf diesem Wege erfolgen. Wir brauchen daher eine agrarische Partei, die zielbewußter, selbständiger, meinethalben in roherer Weise, für ihre eigenen Interessen, und damit für Kaiser und Reich einzutreten bereit ist, als die bisherigen Bruchtheile bestehender Parteien.

Eine derartige Partei würde sich weniger „von Rücksichten höherer Art" bei ihren Abstimmungen leiten lassen — und das wäre kein Unglück. Sie würde einen Mittelpunkt für die Freunde innerhalb der anderen Parteien abgeben und hierdurch eine wirthschaftliche Vereinigung derselben erzielen können — und ob sie nun die siebente oder siebzehnte Partei wäre, das scheint mir doch sehr nebensächlich zu sein — wenn sie nur ihren Zweck erfüllt.

„Der Bund der Landwirthe", als unpolitischer Verein, wird ja gewiß auch eine „moralische" Wirkung auf manches Mitglied der parlamentarischen Körperschaften erzielen und damit Nutzen stiften können. Das Gleiche könnte man aber auch den Steuer- und Wirthschaftsreformern überlassen. — Wenn aber der jetzt unternommene neue Versuch, die Landwirthe zusammenzufassen, nur darauf hinauslaufen sollte, schöne Reden anzuhören, und unsere Noth gegenseitig zu klagen und Beiträge einzukassiren, so kann sich schließlich völlige Muthlosigkeit der Landwirthe bemächtigen. Die Zeiten sind zu ernst, um noch Experimente zu machen.

Wenn jedoch noch in letzter Stunde das Komitee den Entschluß faßte, sich als agrarischer Wahlverein zu konstituiren, so wäre das eine That, die trotz allen naturgemäßen Anfechtungen unserem Vaterlande wirklichen Segen brächte. Die Zahl der Feinde würde gewiß größer, die Zahl der Mitglieder zuerst geringer sein, als ein unpolitischer Verein um sich zu schaaren vermag. — Aber wenige, die handeln, sind besser als viele, die reden. Kann das Komitee zu einem derartigen Entschlusse nicht kommen — dann bin ich eben Pessimist. Gott gebe es dann, daß meine Auffassung durch die Thatsachen (nicht durch Worte) gründlich dementirt werde!

Jacobsdorf b. Falkenberg O.-S., 10. Februar 1893.

Frhr. v. Thielmann-Jacobsdorf.

Nachschr. der Red. Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß die Landwirthe, wenn sie ihre Interessen energisch und mit Erfolg vertreten wollen, dies nur durch Einflußnahme auf die Gesetzgebung geschehen kann. Ein Verein, welcher die Politik aus seinen Erörterungen und Zielen ausschließen wollte, wäre dazu natürlich nicht geeignet. Wenn deshalb der „Bund der Landwirthe" als ein „unpolitischer Verein" ins Leben treten will, so kann das selbstverständlich nur den Sinn haben, daß man keine neue parlamentarische Partei bilden und die Zugehörigkeit zu dem Bunde nicht von dem Beitritt zu einer bestimmten Fraktion, sondern von der bestimmten Stellungnahme zu ganz konkreten, die Interessen der Landwirthschaft definirenden Fragen abhängig machen will. Da zugleich der Verein seine Aufgabe darin erblickt, auf die politischen Wahlen in diesem Sinne einen sehr entschiedenen Einfluß auszuüben, beweist deutlich und klar, daß er eine eminente Politik treiben will und muß.

Entgegnung.

In Nr. 61 glaubt Herr v. Sydow-Dobberphul meine Auslassungen „Zum russisch-deutschen Handelsvertrag" (Nr. 52 dieser Zeitung) bekämpfen zu sollen. Ich erwidere:

1) Verfasser übersieht, daß ich mit keinem Worte auf die Art und Weise der „Valuta-Regulirung" in Oesterreich näher einging, namentlich keinerlei Befriedigung über das Resultat dieser „Regulirung" aussprach. Sollte etwa mein Appell an die Reichsregierung: „nun Rußland gegenüber doch auch eine Valutenregulirung zu verlangen," als eine Zustimmung zu der Methode der österreichischen Regulirung aufgefaßt sein, so bedauere ich, daß Verfasser die darin liegende Ironie übersah. Denn es liegt doch wohl auf der Hand, daß Rußland seine Valuta zur Zeit überhaupt gar nicht reguliren kann und daß (dies ist die Hauptsache) mit Fortfall dieser Möglichkeit folgerichtig der Handelsvertrag überhaupt nicht zu Stande kommen könne, — natürlich immer vorausgesetzt ein sachlich gerechtfertigtes Vorgehen auf wirthschaftlicher Grundlage.

Der Tenor meiner ganzen Ausführung ging lediglich dahin zu bestätigen, daß entgegen meinem anfänglichen Pessimismus die Reichsregierung doch thatsächlich das Moment der Berücksichtigung der Valutendifferenz bei den früheren Verhandlungen „im Auge gehabt habe", und daher verpflichtet sei, auch diesmal dies nicht zu übersehen. — Mit welchem Erfolge die Reichsregierung dies aber früher gethan — muß ich billigerweise ihr allein, wie auch dem Reichstage vor dem Lande zu vertreten überlassen. Zu diesem Zwecke hatte ich nicht zur Feder gegriffen.

2) Ich muß die Meinung des Verfassers auch dahin berichtigen, als ob nach den offenkundig daliegenden Kriterien der „Regulirung" in Oesterreich, ich gemeint haben könnte, „daß der Gulden damit wieder auf 2 M. käme!" Die Schädigung des Gläubigers, namentlich des ausländischen, ist mir vollkommen bewußt, ebenso die derzeitig noch daraus resultirende Förderung des österreichischen Exports, wenn ich auch, wohl abweichend von Herrn v. Sydow, meine, daß sich die Wirkung dieser Münz- und Währungs-Manipulation unseres kaufmännisch recht begabten Nachbars durch diesseitige Maßnahmen wird beseitigen lassen. Das letzte Wort in dieser Sache ist sicherlich von unserer Regierung noch nicht gesprochen, sowohl Oesterreich, wie auch namentlich nicht dem eigenen Lande gegenüber. Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht hat zur Stunde die Reichsregierung dieselbe Erfahrung hier gemacht — die man im Pferdehandel mitunter einem „lieben Freunde" gegenüber macht —, womit keine Anspielung auf die hohe Politik gerichtet sein soll.

3) Wenn Verfasser schließlich glaubt, mit mir den gemeinsamen Wunsch zu haben, „daß bei einer etwaigen späteren Valuta-Regulirung in Rußland der Rubelwerth nicht unter 3,22 M. Gold festgesetzt wird" — so bestätige ich gern diese Gemeinsamkeit des „Wunsches". Dagegen glaube ich aber auch zu wissen, daß Verfasser mit mir davon durchdrungen ist, daß dieser Wunsch ein „frommer" bleibt. Es verlohnt sich dieserhalb auch gar nicht, ihn auf dem geduldigen Papier eines eventuellen Vertrages zu fixiren. Unsere wirthschaftliche Krankheit auf dem Lande ist zu ernst, als daß uns solch ein „Beruhigungsmittel" genügen könnte.

Ich schließe, weil ich den Raum dieser gastlichen Zeitung ebenso wie unsere Zeit zu hoch kalkulire, um weiter zu „entgegnen", — was erfahrungsmäßig übrigens immer sehr narkotisirend auf das Interesse des Lesers wirkt.

v. Below-Saleske.

Erklärung der jüdischen Rabbiner Deutschlands.

Mehr als zweihundert jüdische Rabbiner aus allen Theilen Deutschlands erlassen folgende Erklärung:

Im Vertrauen auf den Beistand Gottes erklären wir, die unterzeichneten Rabbiner jüdischer Gemeinden Deutschlands, zur Steuer der Wahrheit gegenüber falschen Vorstellungen, die über das Schriftthum und die Sittenlehre des Judenthums verbreitet werden, was folgt: Die heilige Schrift, welche Gemeingut der ganzen gesitteten Welt geworden ist, bildet die Grundlage für die Lehre des Judenthums. Außer der heiligen Schrift, welche die „schriftliche Lehre" heißt, besitzt das Judenthum noch eine Religionsquelle, den Talmud, der, weil er ursprünglich nicht niedergeschrieben wurde, die „mündliche Lehre" genannt wird. Eine andere religionsgesetzliche mündliche Lehre giebt es für das Judenthum nicht.

Der Talmud baut seinen Lehrinhalt auf Grund des biblischen Wortes auf und giebt allem Raum, was den menschlichen Geist und das menschliche Gemüth beschäftigt. Neben dem Religionsgesetze und der Ethik, welche seine beiden Hauptgebiete sind, haben in ihm Fragen der Weltweisheit, der Naturkunde, der Medizin, der Geschichte, sowie Erzählungen, Gleichnisse, Sentenzen und Aehnliches Aufnahme gefunden. Seiner Form nach ist der Talmud mit der Aufzeichnung der Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperschaft, in welcher eine Vorlage mit ihren Motiven zur Diskussion steht, insofern zu vergleichen, als er die von mehr als 2000 namhaft gemachten Gesetzeslehrern während vieler Jahrhunderte in den Lehrhäusern gepflogenen Verhandlungen aufzeichnet, die verschiedenen, oft widerstreitenden Meinungen neben einander stellt, jede Ansicht, die zu Worte kam, jede Auffassung, die geäußert wurde, in der ganzen Lebendigkeit der Diskussion wiedergiebt, und zwar ohne dabei immer zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen. Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, welche als die Meinungen einzelner niemals eine bindende Kraft erlangt haben. Seiner ganzen Anlage nach ist daher der Talmud als die Quellenschrift für die Auffassung des biblischen Wortes und für die Kenntniß, die Geschichte und die Begründung des überlieferten Religionsgesetzes zu betrachten. Als eine solche Quellenschrift ist der Talmud zu allen Zeiten von den jüdischen Forschern behandelt worden. Die Sittenlehre des Talmuds beruht auf der Bibel und erblickt in folgenden Aussprüchen der heiligen Schrift: „Im Ebenbilde Gottes hat er den Menschen geschaffen" (Genesis 1,27) „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" (Levitikus 19, 18) „Liebet den Fremdling" — „Liebe ihn wie Dich selbst (Deuteron. 10, 19 — Levitikus 19, 34) das Gebot der allgemeinsten, auf alle Menschen, Juden und Nichtjuden, sich erstreckenden Nächstenliebe. Im Geiste des Prophetenwortes, das dem in Babylon weilenden Israel zugerufen wurde: „Fördert das Wohl der Stadt, in die Ich Euch geführt habe, und betet für sie zu Gott, denn in ihrem Wohle wird Euch wohl sein" (Jerem. 29, 7) wird im Talmud der Grundsatz aufgestellt und von allen Gesetzeslehrern einmüthig zum Gesetz erhoben: „Das Staatsgesetz hat im staatsbürgerlichen Leben verbindliche Kraft" (Talmud babli, Baba bathra 54b, 55a u. a. O.). Es ist demgemäß religionsgesetzliche Pflicht, mit der Treue gegen die Religion Gehorsam gegen die Gesetze des Staates zu verbinden.

Die später aus dem Talmud und der nachtalmudischen Literatur entstandenen Auszüge, wie Jad Hachasaka des R. Moses ben Maimon, Schulchan-Aruch des R. Joseph Karo und andere Zusammenstellungen haben niemals für sich allein, sondern stets nur dann als maßgebend für die Entscheidung gegolten, wenn sie durch das Zurückgehen auf die Quellen ihre Bestätigung erhalten. Die Bezeichnung „Akum" bedeutet „Anbeter der Sterne und Sternbilder" und ist selbstverständlich nicht auf die Bekenner der monotheistischen Religionen anzuwenden. Vereinzelte gegen „Akum" gerichtete Aussprüche im Talmud, Schulchan-Aruch und anderen Schriften sind als der Ausfluß einer durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen Stimmung und als Akte der Nothwehr zu betrachten, sie waren nur gegen diejenigen Heiden gerichtet, welche Ehre, Leben und Eigenthum des Nächsten nicht schonten. Derartige Aussprüche haben, wie schon seit Jahrhunderten die Gesetzeslehrer ausdrücklich erklären, für das Judenthum keine Geltung. Allgemein anerkannt und auch in Zeiten der Verfolgung festgehalten ist der Ausspruch des Talmuds: „Die Frommen aller Völker sind der ewigen Seligkeit theilhaftig." (Tosefta Sanhedrin 13,2.)

Die Sittenlehre des Judenthums erkennt keinen Ausspruch und keine Anschauung an, die dem Nichtjuden gegenüber etwas erlaubt, was dem Juden gegenüber verboten ist. Die Sittenlehre des Judenthums, die seinen Bekennern heilig ist, die in den Schulen gelehrt und von den Kanzeln verkündet wird, gebietet: in jedem Menschen das Ebenbild Gottes zu achten, in Handel und Wandel strengste Wahrhaftigkeit gegen jedermann zu bethätigen, jedes Gelübde und Versprechen, welches irgend einem Menschen, sei er Jude oder Nichtjude, geleistet wurde, als unauflöslich und unverbrüchlich treu zu erfüllen, Nächstenliebe gegen jedermann ohne Unterschied der Abstammung und des Glaubens zu üben, die Gesetze des Vaterlandes in treuer Hingebung zu befolgen, das Wohl des Vaterlandes mit allen Kräften zu fördern und an der geistigen und sittlichen Vervollkommnung der Menschheit mitzuarbeiten.

Berlin, im Februar 1893.

Der Wortlaut dieser „Erklärung" bietet auch sonst des Eigenartigen genug. Wir gehen heut nicht näher darauf ein. Die wenigen aus dem Talmud herangezogenen Stellen sind gewiß dem Zweck der Selbstvertheidigung entsprechend sorgfältig ausgewählt und beweisen in ihrer Vereinzelung wenig. Wir haben s. Z. gemeldet, daß eine Delegirten-Versammlung der Alliance israélite den Beschluß gefaßt hat, eine neue Ethik des Judenthums durch den Prof. Lazarus ausarbeiten zu lassen, um den Anstoß, den andere Nationen und Religionen an der alten nehmen, zu beseitigen. Dieser Beschluß steht in sonderbarem Gegensatz zu der obigen Erklärung, nach der die alte Ethik eine so völlig anstandslose sein soll.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin waren gestern Nachmittag mit J. K. H. der Prinzessin Heinrich und S. K. H. dem Großherzoge von Hessen zur Frühstückstafel im Königlichen Schlosse vereint. Nach der Tafel unternahmen die Kaiserlichen Majestäten eine gemeinsame Spazierfahrt und besuchten gelegentlich das Atelier des Architekten Bruno Schmitz in der Kurfürstenstraße 39, um das von ihm entworfene Denkmal weiland des Kaisers Wilhelm I., für die „Porta Westfalica" bestimmt, zu besichtigen. Hierauf setzten die Kaiserlichen Majestäten ihre Spazierfahrt nach dem Kurfürstendamm fort und kehrten über Charlottenburg und durch den Thiergarten zur Stadt und ins Schloß zurück. Abends wohnten die Majestäten der Vorstellung im Opernhause bei. Nach der Rückkehr ins Schloß empfing der Kaiser noch einige Gäste zu einem Herrenabend in den Heinrichshallen des Schlosses.

— Heute Vormittag hat Se. Maj. der Kaiser und König zunächst eine Ausfahrt unternommen und dann den Vortrag des Staatssekretärs des Aeußern in dessen Wohnung entgegengenommen. Nach der Rückkehr ins Schloß arbeitete der Kaiser von 11 Uhr ab mit dem Chef des Militärkabinets und nahm später eine Reihe militärischer Meldungen entgegen. Hierauf hatte der Kommandirende des 5. Armeekorps, General der Infanterie v. Seeckt, sowie auch der Fürst zu Salm-Horstmar die Ehre des Empfanges. Zu dem am Abend bei den Kaiserl. Majestäten im Weißen Saal stattfindenden großen Fastnachtsball sind etwa 1500 Einladungen ergangen.

— Se. K. H. der Prinz Heinrich traf aus Kiel heute Nachmittag 1 Uhr auf der Lehrter Bahn hier ein und wurde bei der Ankunft von seiner erlauchten Gemahlin auf dem Bahnhofe empfangen und nach dem Kaiserin Friedrich-Palais geleitet, wo der Prinz Wohnung nahm. Alsbald begab sich Prinz Heinrich ins Königliche Schloß, um die Kaiserlichen Majestäten zu begrüßen.

— JJ. KK. HH. der Prinz und die Prinzessin Friedrich Leopold trafen gestern Nachmittag vom Jagdschloß Glienicke gegen 5 Uhr in Berlin ein. Nach kurzem Aufenthalte im Palais begab sich der Prinz nach der „Großen Landes-Loge" in der Oranienburger Straße, um einer Festlichkeit beizuwohnen. J. K. H. die Frau Prinzessin besuchte unterdessen das Konzert in der Philharmonie. Beide Herrschaften kehrten Abends 9 Uhr nach Glienicke zurück. Heute Nachmittag treffen der Prinz und die Prinzessin hier wieder ein, um an der Ballfestlichkeit im Weißen Saale theilzunehmen.

— J. K. H. die Erbprinzessin von Hohenzollern traf mit ihrem Gefolge gestern Nachmittag 3½ Uhr hier ein und stieg im Hotel Kontinental ab.

— Der kommandirende General des 5. Armee-Korps, General der Infanterie v. Seeckt, traf gestern Abend aus Posen hier ein und nahm im Hotel Windsor Wohnung.

— Der frühere amerikanische Gesandte und bevollmächtigte Minister in Lissabon, General Batcheller, ist in Begleitung des Gesandtschaftssekretärs de Grobée gestern aus New-York über Paris hier eingetroffen und im Hotel Bristol abgestiegen. — Ebenda hat auch der holländische Kammerherr Graf Bentinck-Waldeck-Limpurg, mit Familie aus Holland kommend, Wohnung genommen.

— Der Schloßhauptmann, Kammerherr Frhr. v. Solemacher-Antweiler, ist aus Bonn hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen.

— ⊙ Ein glänzendes Ballfest fand gestern Abend auf der niederländischen Gesandtschaft statt. In den reichgeschmückten, vornehmen Räumen fand sich die Hofgesellschaft zusammen, und es wäre leichter, diejenigen zu nennen, die fehlten, als diejenigen, die Zeuge dieses schönen Abends waren. Um aus den Reihen der Gäste nur einige zu nennen, seien der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Prinz und die Prinzessin Albert von Sachsen-Altenburg und der Erbprinz von Waldeck und Pyrmont, der Bruder der Königin der Niederlande, angeführt. Der Hof der Kaiserin war durch die Oberhofmeisterin Gräfin Brockdorff und die Hofdamen Fräulein v. Gersdorff und Gräfin Keller vertreten; aus der Umgebung des Kaisers war der Oberhof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg mit dem Oberstallmeister Graf Wedel anwesend. Neben den Fürsten zu Stolberg-Wernigerode, Hatzfeldt und Lichnowsky sah man die Botschafter Englands, Rußlands, Frankreichs, Italiens, Oesterreichs und der Türkei, die Gesandten von Baiern, der Schweiz, Schweden, Belgien, Baden, Brasilien und anderen Staaten. Alsdann den Freiherrn v. Marschall und Herrn v. Rotenhan vom Auswärtigen Amte, den Einführer des diplomatischen Korps v. Usedom den Minister des Königlichen Hauses v. Wedel und die Grafen v. Kanitz und Hochberg. Zu ihnen gesellten sich der kommandirende General v. Versen, die Grafen Henckel von Donnersmarck, Arnim-Muskau, Dönhoff-Friedrichstein, der niederländische Generalkonsul George und andere. Mit vollendeter Liebenswürdigkeit empfingen der Herr Gesandte und Frau van der Hoeven ihre Gäste und verstanden es, den Abend zu einem genußreichen zu machen. Ein glänzender, vom Lieutenant v. Leipziger geleiteter Kotillon schloß in früher Morgenstunde diesen Ball.

Aus England.

D London, 12. Februar. Der „Preß Association" zufolge soll die Verlobung des Herzogs von York mit der Prinzessin May von Teck gestern Abend bei einer großen Tafel, welche die Königin eigens in Osborne befohlen hätte, offiziell verkündet worden sein. Da diese Nachricht wahrscheinlich durch Reuter, bez. Wolff auch nach Deutschland telegraphirt worden ist, so möchte ich nicht versäumen, den Leser zu warnen, daß alle bisher erschienenen Mittheilungen über die angebliche Verlobung des Herzogs von York, ob dieselben nun in der Form eines Gerüchtes oder als authentisch verbürgt verbreitet wurden — einzig und allein auf Konjekturen beruhten. Dies gilt auch, wie mir heute von durchaus glaubwürdiger Seite versichert wird, von der obigen Nachricht, die jedenfalls offiziell widerrufen werden dürfte.

Es ist geradezu unbegreiflich, wie taktlos, fast möchte ich sagen schamlos, sich gewisse englische Preßbureaus und Preßorgane in letzter Zeit mit den intimsten Angelegenheiten der Königlichen Familie, besonders des Prinzen von Wales, beschäftigt haben. Seit dem Hinscheiden des Herzogs von Clarence, ja selbst als dieser noch nicht zur Ruhe bestattet war, haben diese Sensations-Fabriken unablässig die abenteuerlichsten Gerüchte über die „bevorstehende Verlobung" des Herzogs von York ausgesprengt und sich in Konjekturen aller Art ergangen. Dies geschah augenscheinlich in der Hoffnung, einmal durch Zufall das Richtige zu treffen oder wenigstens durch eine offizielle Berichtigung Reklame für sich zu machen: „Wir sind von Sr. Kgl. Hoheit ermächtigt u. s. w." wäre diesen Hintertreppen-Kunden ein gefundenes Fressen, denn selbst wenn sie sich selbst dadurch widerrufen müßten, so würden sie dafür den Stempel des Offiziellen erhalten. Der Prinz von Wales hielt es begreiflicherweise unter seiner Würde, von diesen Machenschaften Notiz zu nehmen. Das haben ihm die Herren aber sehr übel genommen und sind nun bemüht, ihn ihren Aerger durch weitere falsche Nachrichten entgelten zu lassen, vielleicht haben sie auch die Hoffnung noch nicht aufgegeben, schließlich doch einmal ein offizielles Dementi zugeworfen zu bekommen. Wie lächerlich und handgreiflich unwahr viele dieser Mittheilungen sind, habe ich kurz vor Weihnachten schon erläutert. Wie sich der Leser erinnern wird, wurde damals behauptet, der Prinz von Wales sei so leidend, daß die Doktoren in der höchsten Besorgniß um ihn wären. In derselben Woche war der Prinz sechs Tage hintereinander auf der Jagd gewesen und erfreute sich der besten Gesundheit. Da dies Mittel nicht anschlagen wollte, so wurden dem Prinzen, augenscheinlich in gehässiger Absicht, allerlei Reisepläne angedacht. „Er habe die Absicht, den Winter an der Riviera zuzubringen und werde u. a. auch Monte Carlo besuchen und dem Karneval in Nizza beiwohnen u. s. w." Um diese Mittheilungen glaubwürdig erscheinen zu lassen, wurde sogar das Datum der Abreise angegeben. Dies fand auch wirklich derzeit Glauben und selbst persönliche Freunde des Prinzen wurden dadurch irre geleitet. Eine hohe Persönlichkeit, welche bei dem Prinzen in Sandringham zur Jagd war, erwiderte auf eine weitere Einladung: „Königliche Hoheit sollen ja aber, den Zeitungen nach, an dem Tage nach der Riviera reisen." Der Prinz entgegnete ziemlich kurz: „Wenn Sie den Zeitungen Glauben schenken, dann bleiben Sie in London, sonst aber erwarte ich Sie zu meiner letzten Fasanenjagd. Sie können im übrigen versichert sein, daß alles, was in den Zeitungen über mich und meine Familie berichtet wird, erlogen ist."

Was nun die „große, eigens von der Königin befohlene" Familientafel betrifft, so hat dieselbe allerdings gestern stattgefunden, auch ist der Prinz von Wales „eigens" dazu gestern nach Osborne gereist. Der Grund war jedoch einzig und allein, die Mitglieder der Königlichen Familie zur Begrüßung der Kaiserin Friedrich zu versammeln. Es traf sich ganz zufällig nur, daß die Prinzessin von Wales mit dem Herzog von York und den Prinzessinnen Maud und Viktoria noch in Osborne weilten. Infolge des stürmischen Wetters, welches seit den letzten Tagen an der englischen Küste herrscht, hat die hohe Frau die beabsichtigte Fahrt an Bord der Königlichen Yacht „Osborne" nach dem Mittelmeer aufgeschoben. Die Abfahrt ist nun für nächsten Donnerstag in Aussicht genommen. Der Herzog von York und die Prinzessinnen Maud und Victoria werden die Frau Prinzessin von Wales begleiten. Die hohen Herrschaften gedenken mehrere Wochen im Mittelmeer zu kreuzen und dann vielleicht der Königin in Florenz einen Besuch abzustatten.

Der Prinz von Wales bleibt jedenfalls bis Ende März in England.

Reichstags-Nachrichten.

— Die „Germania“ bringt folgende Mittheilung: Warnungstafel. Das durch seine atheistische, sittlich-anrüchige und sozialistische Schriften bekannte Verlagsmagazin von J. Schabelitz in Zürich versendet ein schamloses Machwerk, das sich unter dem Deckmantel einer Jubiläumsschrift „zum 50jährigen Bischofs-Jubiläum Leos XIII.“ in katholische Familien einzuschmuggeln versucht. Wer sich den ganzen Titel ansieht, merkt freilich sofort den Schwindel und wird sich ebensowenig durch den angeblichen Verfasser, einen Bruder Martin O. S. B., noch durch das angebliche Imprimatur des Bischofs von Barcellona beirren lassen. Der Haupttitel lautet nämlich: Die unbefleckte Empfängniß der Päpste. Als Uebersetzer aus dem Spanischen figurirt ein gewisser Oskar Panizza, den wir aber wohl als den eigentlichen Verfasser anzusehen haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieser Panizza derselbe, welcher in kirchenfeindlichen Blättern von Zeit zu Zeit sein Unwesen treibt. Die Lektüre einiger Blätter genügt, um zu sehen, daß wir es mit einer alles Maß übersteigenden gemeinen Verhöhnung des Papstthums und der Kirche zu thun haben. Um seinen Gotteslästerungen die Krone aufzusetzen, schließt der Mensch mit den Worten: D(eo) S(oli) G(loria), Gott allein die Ehre. Einzelheiten aus dem Buche anzuführen, ist wegen des schamlosen Inhaltes unmöglich. Die Warnungstafel wird genügen. Wir empfehlen das Buch aber den Mitgliedern der Kommission zur Vorberathung der lex Heinze.“

— Der Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Militär-Invaliden-Pensionen, ist soeben dem Reichstage zugegangen.

Aus der Militär-Kommission des Reichstags.

Die Kommission trat heute Vormittag 10 Uhr zur Spezialdiskussion zusammen. Seitens der Reichsregierung waren erschienen Reichskanzler Graf Caprivi, Staatssekretär Dr. v. Boetticher, Direktor im Reichsschatzamt Dr. Aschenborn, Geh. Legationsrath Günther aus dem Reichskanzleramt. — Als neue Schriftstücke sind der Kommission zugegangen: die auf Verlangen im Wortlaut gedruckte Erklärung des Direktors Aschenborn in der Sitzung vom 11. Februar, und eine Uebersicht über die Etatsstärke der Bezirks-Kommandos.

Zur Spezialdiskussion liegen die Anträge Richter, Rickert, Bennigsen, Bebel vor. Rickert schlägt vor die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen, der dreijährigen Dienstzeit bei den übrigen Truppengattungen, fünf-, bez. dreijährigen Reservedienst. v. Bennigsen beantragt die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für das Quinquennat, Bebel für alle Truppen. Der Antrag Richter bezieht sich auf die Feststellung des Kosten-Anschlags.

Zunächst entwickelte sich eine längere Debatte zur Geschäftsordnung. Bei dieser Gelegenheit führte Bebel u. a. an, daß der Antrag Richter vorwiegend gestellt sei, um bei etwaiger Auflösung des Reichstages vor dem Lande die Ablehnung der Militär-Vorlage zu rechtfertigen. Schließlich wurde beschlossen, den Antrag Richter von der heutigen Berathung abzusetzen, in dessen materielle Erörterungen nach Erledigung der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit einzutreten und nunmehr die Verhandlungen über § 1 der Vorlage zu beginnen.

Dr. v. Bennigsen vertheidigte seinen Antrag auf Festlegung der zweijährigen Dienstzeit ohne Verfassungsveränderung, also zum Unterschiede vom Antrag Rickert. In seinem Sinne habe sich ebenso im Plenum auch u. a. Frhr. v. Stauffenberg geäußert. In mehreren Fällen, die Redner anführt, habe man in gleicher Weise davon Abstand genommen, die Verfassung zu verändern, so z. B. bei Erweiterung der Landsturmpflicht im Wehrgesetz von 1888. Die verbündeten Regierungen hätten bestimmte Veränderungen und Vermehrungen gefordert als Bedingung für die Möglichkeit der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen. Solle eine Verständigung herbeigeführt werden, so müßten diese beiden Faktoren gesetzlich festgelegt werden, also ohne daß bei dem einen oder anderen Aenderungen auf dem Verwaltungswege zulässig blieben. Werde die Heeresvermehrung bewilligt, so bliebe nach seinem Antrage die zweijährige Dienstzeit so lange gesetzlich festgelegt, als nicht der Reichstag beschlösse, die Präsenzstärke wieder herabzusetzen. Im Verhältniß zum Auslande würde die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit dahin keine wesentlichen Schwierigkeiten bieten, daß anstatt der bisherigen Dispositionsurlauber später Reserven in drohenden Zeiten einberufen würden.

Rickert: Ueber das Maß der dem Staatsbürger gesetzlich aufzuerlegenden Pflichten herrsche ein Zweifel nicht. Er wolle nur, daß dieses Maß nicht auf dem Verwaltungswege geregelt werde. Er lege auch keinen Werth darauf, ob dieses durch eine Verfassungsänderung, oder ohne eine solche auf gesetzlichem Wege stattfinde. Der Antrag Bennigsen sei fast gleichbedeutend mit dem Aeternat; auch werde, sobald der Reichstag nur wenige Mann von der Präsenzstärke abiehe, ohne gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit die dreijährige Dienstzeit wieder platzgreifen. Die Fassung v. Bennigsens sei für ihn unannehmbar.

Bebel will ebenfalls die zweijährige Dienstzeit anders als im Antrage Bennigsen gesetzlich festgelegt wissen. Er wünsche die zweijährige Dienstzeit auf alle Truppen eingeführt zu sehen, dann den prinzipiellen Standpunkt (Miliz) zu verlassen. Dieselben Einwendungen, die man jetzt gegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie mache, seien bisher stets gegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie gemacht worden. Herr v. Boguslawski habe die Möglichkeit, die Artillerie in weniger als drei Jahren auszubilden, zugegeben. In der Schweiz werde die Kavallerie in 150 Tagen ausgebildet. Bei uns bewiesen die Ersatz-Reserve und die Einjährig-Freiwilligen die gleiche Möglichkeit.

Frhr. v. Stumm will nicht weiter auf den Antrag Bebel eingehen, der sich bei seiner Ausführung hinsichtlich der Schweiz selbst widersprochen habe, als er angegeben, daß auch dort die Kavallerie länger diene als die Infanterie. Die Fassung der [illegible] hinsichtlich der Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei nicht ganz korrekt. Er befürworte gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit ohne Verfassungsveränderung, aber mit der Möglichkeit, in ernsten Zeiten die entlassenen zwei Jahre gedienten Leute wieder einzuziehen. Er wolle die zweijährige Dienstzeit nur bei gleichzeitiger Gewährung der geforderten Kompensationen bewilligen. Würden diese nicht gewährt, dann müßte eben die dreijährige Dienstzeit bestehen bleiben.

Abg. v. Bennigsen bestreitet, daß er das Aeternat habe bewilligen wollen. Es bestehe die Frage für die spätere Zeit, ob dem jeweiligen Reichstage das Fortbestehen der zweijährigen Dienstzeit oder die Aufrechterhaltung der hohen Friedens-Präsenz werthvoller erscheine.

Abg. Richter meint, daß dennoch ein Aeternat mit dem Abg. v. Bennigsen erzielt werde. Die jetzt verlangte Friedens-Präsenz sei durchaus nicht im engsten Zusammenhang mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Aber es könnten in den Verhältnissen der Nachbarstaaten Veränderungen eintreten, welche auch auf die unsrigen einwirkten. Das Rechts-Verhältniß des Militairs zur Volksvertretung und dasjenige des einzelnen Mannes zur Regierung werde durch Verquickung mit der Friedens-Präsenz-Stärke gefährdet. Die einjährige Dienstzeit hält Redner, wie er entwickelt, für den Truppendienst [illegible]. Redner wünscht Klarstellung des Begriffes Infanterie, sind darunter auch die Mannschaften des Trains gemeint? Ferner, wie denkt sich die Regierung das System der Dispositions-Urlauber im Rahmen der Vorlage? Soll eine Vakanz nach dem 1. Jahr durch Einziehung von Urlaubern gedeckt werden? Beabsichtigt man in besonderen Fällen [illegible] Urlauber einzuziehen, sollen die [illegible] als Reserve-Uebung angerechnet erhalten? Ob in ernsten Zeiten Urlauber oder Reservisten eingezogen würden, könne dem Auslande gleichgültig sein. Sollen die gedienten Jäger 2 oder 3 Jahre dienen? Auch die Frage, ob die Infanterie Zweijährig-Freiwillige oder nur Dreijährig-Freiwillige fernerhin annehmen werde, sei eine offene, ebenso sei der Begriff „Dispositions-Urlauber“ mit allen Folgerungen aus den bestehenden Vorschriften in der Heeresordnung zu erläutern. Was bleibe dann von der zweijährigen Dienstzeit übrig?

Reichskanzler Graf Caprivi: Es bliebe sehr viel von der zweijährigen Dienstzeit übrig. Die nöthig gewordene Heeresvermehrung sei von den verbündeten Regierungen gefordert worden, indem man zu Gunsten eines Wunsches der Nation entgegengekommen sei. Richtig sei, daß nicht die ganze Heeresvermehrung mit der zweijährigen Dienstzeit im Zusammenhange stehe. Aber letztere fordere eben eine bedeutende Vermehrung. Der einzelne Mann solle nunmehr über sein drittes Dienstjahr verfügen können; die verbündeten Regierungen können dies aber nur gegen Kompensationen bewilligen, wolle man das Vaterland nicht gefährden. Die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit gegenüber § 59 der Reichsverfassung sei nicht erforderlich, wie dies bisher in vielen Fällen auch so gehalten sei. Außer den Dreijährig-Freiwilligen habe bisher von niemand drei Jahre gedient. Zum Antrage Bennigsen weist Redner auf die Vorlage und deren Motive, auf welchen Letzteren auch in allen anderen Fällen wieder zurückgegriffen würde.

Nach dem vorgelegten Gesetzestext sei jede Verwaltungswillkür ausgeschlossen. Die Detailfragen würden die Kommissare beantworten. Was die Ungleichheit angehe, die verschiedene Redner hervorgehoben hätten, so müsse er bemerken, daß die Ungleichheit noch vermehrt würde, wenn die zweijährigen gedienten Infanteristen gleich Reservisten würden.

General v. Goßler: Infolge der Windthorstschen Resolutionen seien ausgiebige Versuche wegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit, auch hinsichtlich eines ausgedehnten Dispositionsurlauber-Systems gemacht worden. Die Friedenspräsenzstärke sei die Hauptsache, da darin die Kompensationen für die zweijährige Dienstzeit enthalten seien. Die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit sei vermieden worden durch den Wortlaut des Gesetzes und der Motive. Auf den dritten Jahrgang (Dispositionsurlauber) werde großer Werth gelegt. Die Bestimmung der Heeresordnung, die der Abg. Richter angeführt, sollte nur bestehen bleiben, um in der Uebergangszeit die neue Stärke zu erhalten. Bei gespannten politischen Zeiten müßten die Leute bei der Fahne erhalten werden können. Oekonomiehandwerker und Lazarethgehülfen sollten zwei Jahre dienen, bei der Infanterie und den Jägern würden Dreijährig-Freiwillige angenommen werden, bei der Fußartillerie und dem Train sollte die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden.

Die Kommission vertagte sich auf Mittwoch 10½ Uhr.

Landtags-Nachrichten.

— Die Abgeordneten-Ersatzwahl für Meschede-Olpe ist auf den 15. März, die Wahlmännerwahl auf den 6. März festgesetzt.

Deutschland.

Berlin, 14. Februar.

— Aus Berlin vom 12. d. schreibt man der „Schl. V.-Ztg.“: Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages, Graf Ballestrem, hat sich heute Abend von hier nach Rom begeben, um dem Papste zu dem Jubiläum die ehrfurchtsvollsten Glückwünsche zu überbringen. Er wird in längstens vierzehn Tagen zurückerwartet. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, Dr. Frhr. v. Heereman, ist durch Rücksichten auf seinen Gesundheitszustand hier zurückgehalten worden.

— [Landwirthschaftliche Versammlung.] Der durch Herrn Ruprecht-Ransern veranlaßte Aufruf an die deutschen Landwirthe hat in allen Kreisen und Gegenden große Zusammenkünfte und Besprechungen über die wirklich große Nothlage der Landwirthschaft herbeigeführt. Im hiesigen Kreise fand eine solche zufolge Aufforderung des Herrn v. Bernuth-Borowo am 11. d. in Kosten statt, wozu sich gegen 150 Landwirthe beider Nationalitäten (darunter 130 Klein-Grundbesitzer) eingefunden hatten. Nachdem allseitig und einstimmig dem obigen Aufruf zugestimmt worden war, wurde beschlossen, Delegirte zu der am 18. d. nach Berlin einberufenen Versammlung deutscher Landwirthe zu entsenden. Infolge dessen begeben sich vom hiesigen Kreise dahin die Herren: v. Bernuth-Borowo, Graf v. Zóltowski-Gluchowo, Frhr. v. Langermann-Lubin, v. Chlapowski-Kopaszewo, Oekonomierath Lorenz-Planowo und Hauptmann Eltester-Bielewo.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin**, 14. Februar. (43. Plenar-Sitzung.) Anfang 1 Uhr.
Am Bundesrathstische: Dr. v. Boetticher.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern (Besoldung des Staatssekretärs) wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (dk.): Bereits am 10. März 1887 richtete der Abg. Frhr. v. Ow an den Staatssekretär des Innern die Frage nach einer Novelle zum Unterstützungswohnsitz-Gesetze. Der Staatssekretär erwiderte, die Vorarbeiten seien im Gange, aber die Vorlegung wegen der bedeutenden Schwierigkeiten noch nicht sobald zu erwarten. Im Jahre 1889 legte Graf Mirbach die Verderblichkeit des genannten Gesetzes dar, und 1891 bei Berathung der Handelsverträge habe ich die Frage wiederum angeregt. Die Antworten des Staatssekretärs waren stets entgegenkommend und bestätigten, daß eine Aenderung des Unterstützungswohnsitzes beabsichtigt und in naher Aussicht sei; die betreffende Session 1891 sollte nicht vergehen, ohne daß die Vorlegung erfolgte. Das ist jedoch nicht geschehen und sie steht auch bis jetzt noch aus. Zu meiner erneuten Anregung haben mich die ländlichen Verhältnisse bewogen, die namentlich was die Arbeiterbevölkerung angeht, sich immer mehr verschlechtert. Die ländliche Bevölkerung nimmt dauernd ab, die der Städte zu; hierzu kommt noch die Auswanderung, die dem platten Lande Arbeitskräfte entzieht. Das schädigt auch die Armee, der die besten Rekruten entzogen und so mußte auch die Rücksicht auf die neue Militärvorlage veranlassen, hier Abhülfe zu schaffen. Eine Besserung, wenn auch keine durchgreifende, erwarte ich von einer Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz. Der Arbeitermangel ist für die Landwirthschaft kaum noch erträglich. Ich hoffe, daß die Regierungen den Ernst dieser Lage nicht verkennen werden. Der Reichskanzler hat sich ja wiederholt in diesem Sinne geäußert. Weiter will ich noch eine Einschränkung der Freizügigkeit anregen. Dieselbe ist doch unzweifelhaft bezüglich des Lebensalters einschränkungsfähig. Ich sehe aber auch gar nicht ein, weshalb man nicht wieder das Einzugsgeld einführt und den Nachweis von dem Zuziehenden verlangt, daß er in der Lage ist, eine Wohnung zu beziehen, die den sanitären Vorschriften entspricht. Das würde dem Zuzug nach den großen Städten einen schweren Riegel vorschieben. Zu wünschen ist ferner im Interesse des Ostens die Aufhebung des Identitäts-Nachweises. Beklagen muß ich den Mangel an Entgegenkommen, den die Regierung der Interpellation des Grafen Mirbach bezüglich der Währung gegenüber zeigte. Dieses mangelnde Entgegenkommen läßt doch daran zweifeln, ob die Regierung wirklich der Landwirthschaft das erforderliche Wohlwollen entgegenbringt. Betonen muß ich auch, daß das Abgeordnetenhaus berechtigt ist, über den russischen Handelsvertrag sein Urtheil abzugeben.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Es ist mir unmittelbar vor der Sitzung Kenntniß von einem Artikel der „Kreuzzeitung“ geworden, der die Behauptung enthält, die in den russischen [illegible] Journalen enthaltenen Artikel bezögen ihre Informationen von [illegible] Ich kann nicht umhin, hier [illegible] Bedauern auszusprechen; ich halte diese Behauptung für eine grundlose und haltlose Insinuation und für eine grobe Verletzung der Rücksichten, die man der Vertretung einer fremden Macht schuldig ist. Wenn Sie die Regierung angreifen wollen, so wird sie Ihnen Rede stehen. Hier aber sind die Grenzen der internationalen Sitte und Schicklichkeit überschritten. Bisher waren solche Praktiken in Deutschland nicht üblich; ich hoffe, daß sie sich auch künftig nicht einbürgern werden. Was unsere Beziehungen zu Rußland betrifft, so sind diese, wie ich bereits früher sagte, zu einer Diskussion noch nicht reif. Der Gegenstand unserer Besprechungen, welche mit Rußland im Gange sind, ist bekanntlich eine handelspolitische Verständigung anzubahnen. Wir wollen Rußland unseren Konventional-Tarif gewähren, während wir eine Reduktion des russischen Zolltarifs und andere Verkehrserleichterungen fordern. Wenn man die Regierung auffordern will, Diligenz zu prästiren, so mag man das thun; aber von der Regierung die prinzipielle Erklärung zu verlangen, daß sie den Konventional-Tarif auch bei Gewährung von Konzessionen von der anderen Seite nicht zugestehen soll, kann nur eine negative Antwort provoziren. (Beifall.) Ob die Besprechungen mit Rußland ein positives Resultat haben werden, weiß ich nicht; aber nach der Verfassung wird das Resultat zuerst an den Bundesrath gehen und dann an den Reichstag gelangen. Dort wird die Regierung Rede und Antwort stehen, und Sache des Reichstags wird es sein, darüber Beschluß zu fassen. (Schluß der Zeitung.)

Preußischer Landtag.

Haus der Abgeordneten.

* **Berlin**, 14. Februar. (30. Plenarsitzung.) Anfang 11 Uhr.
Am Ministertische: Dr. Bosse, Frhr. v. Berlepsch u. a.

Zu Ehren des Andenkens des verstorbenen Abg. Tannen erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Zur Verlesung gelangt zunächst folgende Interpellation des Abg. Seyffardt (Magdeburg, nl.):

„Ist der Kgl. Staatsregierung bekannt, daß die Verunreinigung des Elbewassers in der Umgebung von Magdeburg auch nach der Filtrirung desselben die Verwendung zu häuslichen und industriellen Zwecken unmöglich macht, und ist sie geneigt, energische Maßregeln behufs Verhütung weiterer Schädigung der Stromanwohner in gesundheitlicher und geschäftlicher Beziehung zu ergreifen?“

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Es erhält daher zu ihrer Begründung das Wort

Abg. Seyffardt (Magdeburg): Die Minister des Innern, für Handel, Landwirthschaft, für öffentliche Arbeiten und für die Medizinal-Angelegenheiten lehnten im Jahre 1891 das Gesuch der Stadt Magdeburg, den Fabriken zu verbieten, ihre Abwässer in die Nebenflüsse zu leiten, ab, weil dadurch das Elbwasser zum Trinken noch nicht ungeeignet geworden sei. Es wurde zugleich mitgetheilt, daß das Reichsgesundheitsamt weitere Untersuchungen anstelle. Ueber das Resultat derselben ist nichts bekannt geworden. Es ist das aber auch nicht mehr so nothwendig, da das Wasser inzwischen notorisch so schlecht geworden ist, daß es für den menschlichen Genuß ganz und gar ungeeignet geworden ist. In Magdeburg drehen sich alle Gespräche um diese Kalamität, welche zu einer dauernden zu werden drohe, da die Versalzung des Elbwassers in absehbarer Zukunft nicht werde beseitigt werden können. Die chemische Analyse ergab ein Uebermaß von Bestandtheilen, die der menschlichen Gesundheit ebenso nachtheilig ist, wie auch das Wasser zur Benutzung für industrielle Zwecke unbrauchbar machen. Viele Industrielle lassen sich ihr Wasser von außerhalb kommen; am meisten leiden aber natürlich die mittellosen unteren Klassen. Wie schädlich das Wasser in gesundheitlicher Beziehung ist, beweisen die Berichte von zwei Magdeburger Aerzten, Stabsarzt Dr. Rosenthal und Medizinalrath Dr. Böhm. Ersterer giebt dem schlechten Wasser die Schuld an der großen Kindersterblichkeit, letzterer führt aus, auf das Wasser seien viele Krankheiten zurückzuführen, die im Gefolge der Cholera auftreten. Die Cholera in Nietleben in Halle giebt nach meiner Ansicht viel zu denken; es ist anzunehmen, daß sie nicht den Rieselfeldern, sondern dem verseuchten Untergrund zuzuschreiben ist. Das wäre für Magdeburg sehr unerfreulich. Ich glaube also nachgewiesen zu haben, daß es sich um einen Nothstand ohne gleichen handelt und ich bitte die Regierung, dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Um Abhülfe zu schaffen, genügen unsere Gesetze vollkommen, ob man sich auf das Landrecht Th. II Tit. 17 § 10 stützen will, wo der Polizei die Mittel zur Abwendung von Gefahren für das Publikum übertragen werden, oder auf die Kabinetsordre vom 24. Februar 1816 und die Entscheidung des Reichsgerichts vom 9. August 1886. Durch energisches Eintreten für das Naturrecht der Elbeanwohner würde die Regierung die betreffenden Landestheile zu großem Dank verpflichten.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Die Regierung ist gern bereit, alle Mittel anzuwenden, um den Wasserzuflüssen in die Elbe entgegenzutreten; jedoch stellen sich der Anwendung dieser Mittel große Schwierigkeiten entgegen. Die Anlage eines Abflußkanals, der projektirt war, mußte aufgegeben werden, weil es nicht zweifellos war, daß durch diese kostspielige Anlage der beabsichtigte Zweck sich würde erreichen lassen. Auch die Destillation der Kaliabwässer war wegen ihrer Kostspieligkeit unausführbar. Nun traten im vorigen Sommer die bedeutenden Wasserdurchbrüche in den Mansfelder Bergwerken auf, welche ihren gesättigten Salzgehalt in die Elbe führten. Die Kalamität in Magdeburg ist theils vorübergehend, theils dauernd; vorübergehend, weil Magdeburg zur Zeit einen so niedrigen Wasserstand hat, wie kaum je in den letzten Jahren. Daraus ergiebt sich, daß der Salzgehalt auf den Kubikmeter ein weit stärkerer ist, als bei höherem Wasserstande. Die Kalamität durch die Mansfelder Bergwerke ist ebenfalls nicht als dauernd anzusehen; denn die gegenwärtigen Zustände sind nicht haltbar und die Bergwerke werden auf irgend eine Weise Abhülfe schaffen müssen, und zwar etwa in zwei Monaten. Wenn aber die Stadt Magdeburg sich nicht entschließt, ihr Wasser aus einer anderen Quelle zu beziehen, als aus der Elbe, wird die Kalamität dauernd nicht beseitigt werden können. Die hohe Bedeutung der Staßfurter Kalifabriken für die Landwirthschaft ebenso wie für die Stadt Magdeburg selbst ist weltbekannt. Auch die sächsische Zuckerindustrie verdankt der Kali-Industrie [illegible] ihre Blüthe. Es fragt sich nun, ob man die Kali-Industrie untergraben soll, um das Elbwasser dauernd zu bessern. Sie werden mir zugeben, daß, ehe man sich hierzu entschließt, man erst zusieht, ob sich nicht andere Wege einschlagen lassen. Man greift dann nicht gern sofort zu den schärfsten Mitteln. Die Stadt Magdeburg muß eben ihre Wasserleitung nicht aus einem öffentlichen Flußlauf speisen, sondern aus Grund- oder Brunnenwasser und zu diesem Mittel hätte die Stadt schon lange greifen müssen, da ja die betreffenden Gutachten über die Verschlechterung des Wassers schon seit Jahren vorliegen. Ein allgemeines Recht darauf, das Wasser aus dem öffentlichen Flußlaufe zu nehmen, hat die Stadt Magdeburg nicht. Das, was ich hier ausgeführt habe, habe ich auch der Deputation aus Magdeburg eröffnet. Hoffentlich wird es möglich sein, die betreffenden Industriezweige zu Kostenbeiträgen für die Wasserleitung zu bewegen. Sollte das nicht der Fall sein, so könnte die Regierung erwägen, ob sie nicht diesen Industriezweigen für den Fall, daß sie keinen Kostenbeitrag leisten, androht, sie zur Reinigung ihrer Abwässer zu zwingen. Jedenfalls werde ich und die Staatsregierung bemüht sein, den von mir angedeuteten Mittelweg weiter zu verfolgen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Arendt (fk.) tritt das Haus in eine besondere Besprechung ein.

Abg. Graf Douglas (fk.): Ich habe mich durch Besprechung mit dem Minister schon früher davon überzeugt, daß von staatlicher Seite alles geschehen ist, was in dieser Angelegenheit geschehen konnte. Die Hauptschwierigkeit liegt in den Verhältnissen des Mansfelder Bergbaues. Die Regierung darf demselben nicht ohne weiteres das Leben unterbinden. Ich bitte den Minister, für eine möglichst schnelle Expropriation des salzigen Sees bei Eisleben zu sorgen.

Abg. Dr. Arendt (fk.): Man betrachtet die Sache in den Magdeburger Interessenten-Kreisen wohl etwas [illegible]. Man darf an eine Stadt von 200 000 Einwohnern wohl mit Recht die Mahnung richten, eine Wasserleitung anzulegen. Ein besonderes Recht einer Stadt auf Trinkwasser aus dem Flusse, an dem sie liegt, kann ich überhaupt nicht anerkennen. Der Mansfelder Bau, dessen große Bedeutung schon daraus erhellt, daß er 17 000 Arbeiter beschäftigt, ist durch das Herabgehen der Silber- und Kupferpreise schon ohnehin geschädigt und man darf ihm solche Opfer jetzt nicht zumuthen. Ich kann mich dem Wunsche des Vorredners auf möglichst schleunige Expropriation des salzigen Sees nur anschließen. Nicht einverstanden bin ich mit der Drohung des Ministers, die industriellen Etablissements zu Beiträgen für die Magdeburger Wasserleitung zu zwingen.

Abg. Stengel (fk.): Die Uebelstände, die in Magdeburg hervorgetreten sind, haben sich in weit höherem Maße noch in der Saalegegend gezeigt. Indessen sind die Zuflüsse von Seiten der Fabriken in den letzten Jahrzehnten immer geringer geworden, während die der Mansfelder Bergwerke sich immer mehr vermehrt haben. Eine Abhülfe gelingt vielleicht durch Expropriation des salzigen Sees. Wenn nicht, so muß die Stadt Magdeburg sich eine neue Wasserleitung bauen. Die Berechtigung, dann die Industrie zu Beiträgen dazu zu zwingen, kann ich allerdings auch nicht anerkennen.

Abg. v. Jagow (kons.): Die Interessen der Industrie in der Gegend von Magdeburg sind mit denen der Landwirthschaft aufs engste verknüpft. Die Industrie ist selbst bestrebt, den Schäden abzuhelfen, ich glaube nicht, daß man die Fabriken und Bergwerke zwingen kann, die Abwässer zu destilliren. Eine Expropriation und Beseitigung des salzigen Sees würde die Landwirthschaft wegen der damit verbundenen Grundwasser-Verhältnisse mit Besorgniß erfüllen. In Bezug auf die sanitären Uebelstände stimme ich mit dem Abg. Seyffardt überein und ich bitte den Minister, jeden Ausweg, der sich hier irgend bieten kann, zu ergreifen und sich nicht damit zu begnügen, die Stadt Magdeburg zu einer neuen Wasserleitung zu zwingen.

Minister Dr. Bosse: Ich habe den Direktor des hiesigen hygienischen Instituts nach Magdeburg geschickt, um die Verhältnisse dort zu studiren. Zur Verbreitung der Cholera scheint das versalzene Wasser weniger geeignet zu sein wie anderes Flußwasser, da anscheinend der Cholerabacillus sich in demselben nicht so lange hält, wie in gewöhnlichem Flußwasser. Der Umstand, daß wegen des schlechten Geschmacks das Elbewasser nicht getrunken wird, ist vielleicht in Bezug auf die Cholera insofern gut, als bekannter Weise die Cholera da am meisten sich verbreitet, wo Flußwasser getrunken wird. Das Elbwasser entspricht den hygienischen Anforderungen allerdings nicht, und da ein gutes schmackhaftes Trinkwasser eine der ersten Lebensbedingungen ist, so ist eine Abhülfe in irgend einer Weise geboten.

Abg. Dr. Graf (nl.): Man muß versuchen, einen Ausgleich zwischen den Interessen der Hygieni und der Industrie auszugleichen. Die bisher allgemein angewandten Verfahren, das Flußwasser ungefährlich zu machen, sind auch in Magdeburg angewandt, dieselben bieten aber keine völlige Sicherheit, wie die Cholera-Epidemie in Nietleben zeigt. Die Regierung muß daher als Aufsichtsbehörde, dafür sorgen, daß Magdeburg ein gutes Trinkwasser bekommt, und muß auch für eine Regelung der Entschädigungsfrage eintreten. Man kann es den Magdeburgern nicht verdenken, wenn sie nach den Erfahrungen in Hamburg betreffs ihres Trinkwassers mit großer Sorge erfüllt sind.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. (Schluß der Zeitung.)

Konservative und Deutschsoziale.

Die „N. Westf. Volksztg.“ schreibt: „Die deutschsoziale Partei hielt gestern im Evangelischen Volkssaal zu Bielefeld eine Versammlung ab, in der Herr Dr. König-Witten sprach und über welche noch weiter berichtet werden soll. Am Schluß der Versammlung, welche außerordentlich stark besucht war, gab Dr. König seiner Befriedigung über die Thatsache Ausdruck, daß die konservative Partei nun auch zur Judenfrage programmatisch Stellung genommen hat. Wenn Dr. König zu glauben schien, daß diese Stellungnahme der konservativen Partei in ursächlichem Zusammenhang stehe mit dem Ahlwardtprozeß, so ist das in der Hauptsache ein Irrthum. Möglich ist es ja, daß die Vorgänge in dem Ahlwardt-Prozeß einem Theil der Mitglieder des konservativen Parteitages die Entscheidung erleichtert haben; die Aufnahme der Judenfrage ins konservative Programm war aber schon viel früher in Aussicht genommen und würde auch ohne jenen Prozeß erfolgt sein. War doch die Einberufung des konservativen Parteitages großentheils eine Folge der seit lange vorhandenen antisemitischen Stimmung der konservativen Partei, wie sie auch in der konservativen Presse seit langer Zeit einen scharfen Ausdruck gefunden hatte. Dr. König gab seiner freundnachbarlichen Gesinnung gegen die konservative Partei einen kräftigen Ausdruck, hob aber hervor, daß in den Mitteln und Wegen, zum Ziele zu gelangen, noch Verschiedenheiten zwischen beiden Parteien bestehen. Er mag darin ja recht haben, obgleich wir auch unsererseits gar kein Bedenken tragen würden, an eine Verfassungsänderung, welche die Juden von öffentlichen Aemtern im christlich-deutschen Staate ausschließt, heranzutreten. Haben doch seiner Zeit auch Juden und Liberale einer Aenderung der preußischen Verfassung ohne Herzklopfen zugestimmt. Wer das Ziel will, muß auch die Mittel wollen.

Aber eins müssen wir von den Deutsch-Sozialen fordern: die gegenseitige Anerkennung und das freundnachbarliche Verhältniß beider Parteien schließt in sich, daß eine Partei nicht der anderen in ihr Gebiet einfällt, daß man sich nicht gegenseitig die Leute abtreibt, und in dieser Hinsicht haben wir Grund zur Beschwerde. Nicht in Bielefeld, o nein, das zu behaupten wäre sehr unrecht, hier verhalten sich die Deutsch-Sozialen ganz korrekt, aber in dem benachbarten Mindener Kreise. Es ist uns glaubwürdig mitgetheilt worden, daß ein auswärtiger deutsch-sozialer Redner dort die deutsch-soziale Fahne in solcher Weise neben der konservativen Fahne aufgepflanzt hat, daß er die Zuhörer zum Anschluß an die deutsch-soziale Partei aufforderte, auch hat er so gesprochen, als hätten erst die Deutsch-Sozialen alle wirthschaftlichen Forderungen der Konservativen auf die Tagesordnung gebracht. Das ist nicht recht, bez. auch nicht wahr. Die konservative Partei ist als solche antisemitisch im rechten Sinne des Wortes und muß von den Deutsch-Sozialen doch mindestens das nämliche Maß freundlicher Rücksicht fordern, welche sie z. B. in Südwestdeutschland der Partei Dr. Böckels zu Theil werden lassen. Also, stört unsere Kreise nicht! Der Umstand, daß Herr Beck-Rahden sich unter den 23 Reichstagsabgeordneten befunden hat, welche an dem alten Programm festhalten wollen, entschuldigt das Vorgehen der Deutsch-Sozialen im Mindener Kreis nicht im geringsten, denn Herr Beck hat diese Stellung im Gegensatz gegen die Wünsche seiner konservativen Wähler eingenommen und verzichtet auf eine Wiederwahl. Bei der nächsten Reichstagswahl wird in Minden-Lübbecke ein Mitglied der konservativen Partei als Kandidat aufgestellt werden, der in der Judenfrage ganz zuverlässig ist. Der Gedanke an eine deutsch-soziale Kandidatur, der bereits ausgesprochen wurde, muß und wird konservativerseits im Minden-Lübbecker Wahlkreis mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Seine Ausführung müßten wir als eine feindselige Handlung betrachten, als einen Einfall in konservatives Gebiet und wir bitten die uns sonst nahestehenden Herren, ihre Wünsche in dieser Richtung fallen zu lassen und die deutsch-soziale Fahne da aufzupflanzen, wo es gilt, gemeinsame judenliberale Gegner zu bekämpfen. Die große Sache muß uns so hoch stehen, daß Eifersüchtelei, Abtreibung von Wählern und dergleichen überhaupt gar nicht aufkommen können. Nichts für ungut, alles in Freundschaft!“ Wir können unsererseits diesen Ausführungen nur voll zustimmen. Die Deutsch-Sozialen sollten ihre Kräfte nicht überschätzen. Wollen sie bei allgemeinen Wahlen mehr Erfolg haben, als bisher, so müssen sie sich der Unterstützung der Konservativen versichern; das ist aber nur möglich, wenn sie konservative Kreise in Ruhe lassen.

An die Landwirthe des deutschen Reiches.

Am 4. d. M. hat im Klub der Landwirthe zu Berlin die angekündigte Vorbesprechung stattgefunden, in welcher über die in Aussicht genommene große Versammlung deutscher Landwirthe das Nähere besprochen werden soll.

Eine große Anzahl von Landwirthen der verschiedensten Parteien aus den verschiedensten Theilen des deutschen Vaterlandes war erschienen, darunter hervorragende Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Reichstages.

Unter dem Vorsitz des Herrn v. Ploetz-Döllingen fanden lebhafte Verhandlungen statt und es ergab sich die volle Einmüthigkeit und ein begeistertes Eintreten für die lebendige Bewegung, welche jetzt unter den Landwirthen herrscht, die zeigt, daß sie sich endlich aufraffen wollen, um für ihre bedrohten Interessen einzutreten.

Alle Redner waren darin vollkommen einig, daß es nicht das Ziel dieser Bewegung sein könne, eine neue politische Partei zu gründen, daß

Theater und Musik.

Königliches Theater.

Im Opernhause wurde gestern (13. Februar) Richard Wagners Todestag, an dem vor nunmehr einem Jahrzehnt der Meister hinschied, durch eine Gedächtnißfeier begangen, zu der das große Haus voll besetzt war und die durch die Anwesenheit Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin ausgezeichnet wurde. Den bedeutsamen Anfang des Abends bildete der Trauermarsch aus der Götterdämmerung, dieses erhabene Klagelied ohne Worte, worin der Meister allein durch die Seelensprache seiner Töne redet, in [illegible] Töne, daß sie es zur Wahrheit machen, das deutsche Dichterwort: „Und setz' ich meine Leiter an von Tönen, ich trage Dich hinauf zum höchsten Schönen,“ das Wort unseres großen deutschen Dramatikers, gleich dem der Schöpfer der „Zukunfts-Musik“, die nun als lebensvolle Gegenwart in der Kunstwelt herrscht, ebenfalls erst den Widerstand der stumpfen Welt besiegen mußte. Ja, auch der Meister, der vor zehn Jahren starb, um in seinen Werken fortzuleben, hatte früh das strenge Wort gelesen, und „was die Mitwelt sonst an ihm beklagt, getadelt, es hat's der Tod, es hat's die Zeit geadelt.“ Auch in dieser Hinsicht hat es einen tiefen Sinn, daß die Figur des Todes im Eingange des Trauermarsches zuletzt zu hellem Siegesjubel führt durch das Siegfried-Motiv, die Schwertfanfare und die Tonstrahlen der glänzend und glänzender durchbrechenden Melodie des Heldenthums Siegfrieds.

Während des Trauermarsches ging der Vorhang auf und zeigte die vorn auf der Bühne von einer Säule getragene Büste des Meisters zwischen Lorbeerbäumen, Palmen und frischem Grün.

Dem Trauermarsch folgte der dritte Akt des Tannhäuser in der bekannten Besetzung, dann die Schlußscene des Siegfried, wo er Brünnhilde erweckt, mit Herrn Gudehus und Frau Sucher, darauf aus den Meistersingern von Nürnberg die Scenen aus dem dritten Akt auf der Festwiese am Ufer der Pegnitz bei Nürnberg, mit dem Hans Sachs des Herrn Betz, der Eva des Frls. Leisinger (vorher Elisabeth im Tannhäuser), dem Beckmesser des Herrn Schmidt u. s. w. Sind überhaupt die Meistersinger durch ihren kerndeutschen Grundton berufen, mit Webers Freischützen an der Spitze der vaterländischen Volksoper zu stehen, so bietet gerade die zweite Hälfte des Schlußaktes das Anheimelndste und Volksthümlichste.

Das volle Haus, dem das Erscheinen der Kaiserlichen Majestäten den höchsten Glanz verlieh, machte durch die wärmsten Beifallsäußerungen auch den Mitwirkenden diese Gedenkfeier des Meisters zum Festabend, in Ansehung dessen die Kritik geziemender Weise nur zu berichten, nicht den „Merker“ zu spielen hat, wenn sie anders nicht den Berliner „Beckmesser“ vorstellen will. „S“

Berliner Zuschauer.

Berlin, 14. Februar.

— n Zur Frage des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Berlin erfährt die „Nat.-Ztg.“ von unterrichteter Seite: Die vielfach verbreitete Nachricht, daß die Ausführung des Denkmals nicht nur in seinem plastischen, sondern auch in seinem architektonischen Theile endgültig an Professor Reinhold Begas übertragen sei, ist nicht zutreffend. Die Bestimmung ist einstweilen nur für das Standbild erfolgt. Ueber den architektonischen Theil ist die endgültige Entscheidung noch nicht getroffen, vielmehr ist Hofbaurath Ihne beauftragt worden, den von ihm geschaffenen Entwurf der abschließenden Säulenhalle entsprechend der jetzigen Gestalt und der etwas veränderten Aufstellung des Reiterstandbildes architektonisch umzugestalten.

— n Der erste der angekündigten wissenschaftlichen Vorträge wird morgen Mittwoch, den 15. Februar, Abends 7 Uhr, im großen Hörsaal des Haupt-Postamtes in der Oranienburgerstraße (Eingang Artilleriestraße 4) durch den Professor D. Schmidt-Breslau über die Glaubwürdigkeit der hl. Schrift gehalten. Karten für diesen Vortrag allein 75 Pf. an der Kasse; für alle sieben Vorträge zusammen 3 M.

— n Zum Besten des Paul-Gerhardt-Stifts findet mit Genehmigung der Protektorin Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin am 15. und 16. Februar, von 12—5 Uhr, in den Räumen des Kriegs-Ministeriums, Leipzigerstraße 5, ein Bazar statt.

— n Mit dem deutschen Dampfer „Baiern“ treffen nächster Tage fünf Hofdamen der Kaiserin von China mit großem Gefolge in Genua ein, wo für sie schon im „Grand Hotel des Etrangers“ Zimmer bestellt sind. Sie begeben sich dann nach Berlin, wo sie einen längeren Aufenthalt nehmen werden, um dort die deutsche Sprache zu lernen und das deutsche Hofleben kennen zu lernen.

— n Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ersatzwahl (5. Wahlbezirk I. Abtheilung) wurde Herr Kreitling mit 49 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Herr Kreitling wird sich, wie die „Volks-Zeitung“ hört, der neuen Fraktion der Linken anschließen.

— n Die Ueberschreitung der Straße Unter den Linden durch die Pferdebahn scheint jetzt in Aussicht zu stehen. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, die die Genehmigung nachsucht für drei neue Pferdebahnlinien, von denen zwei die Linden durchschneiden sollen. Der Magistrat fordert von der Versammlung folgende Beschlußfassung: daß 1) eine Pferdebahn, abzweigend von den Geleisen in der Französischen Straße durch die Straße Hinter der katholischen Kirche direkt nach Norden zur Verbindung mit den Geleisen in der Dorotheenstraße, 2) eine Bahn von den Geleisen in derselben Straße durch die verlängerte Charlottenstraße über die Weidendammer Brücke zum Anschluß an die dort vorhandenen Geleise, 3) eine Bahn, abzweigend von der zu 1 aufgeführten Linie bei der Straße am Festungsgraben, über die Eiserne Brücke, Friedrichsbrücke, durch die Burgstraße zum Anschluß an die Geleise auf dem Monbijouplatz und dem Hackeschen Markte ausgeführt werden; daß ferner die Genehmigung zur Ausführung der Bahnanlagen der großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft unter den vertragsmäßig festgesetzten Bedingungen ertheilt wird, wenn die genannte Gesellschaft dafür an die Stadtgemeinde die Summe von 100 000 M. bezahlt, wodurch sie von den Kosten befreit wird, die infolge der Bahnanlagen, für Benutzung oder Erwerbung von Land oder für Reallasten und Umbauten an Brücken nothwendig werden. In der Begründung bemerkt der Magistrat, daß eine Ueberschreitung der Linden in der Richtung der Friedrichstraße für die Ausführung befriedigender gewesen wäre, daß aber die neue Vorlage eine vorzügliche Verbindung des Nordwestens und Südostens verspreche.

— S Durch einen Fall von der Verdeckwelle verunglückte in der Georgenkirchstraße vor einigen Tagen der Klempner Hirsch Nathan und wurde nach dem jüdischen Krankenhause gebracht. Hier ist er inzwischen gestorben. Die Staatsanwaltschaft hat nun die Leiche beschlagnahmt und will die Todesursache feststellen lassen.

— S In der Nacht zum Montag erhängte sich im Untersuchungsgefängniß in Moabit der Schlosser Hermann Kühne.

— S In eine sehr mißliche Lage gerieth gestern Abend eine Oberschwester, die eine irrsinnige Frau aus Neustadt in Westpreußen nach Düsseldorf bringen sollte. Die Geisteskranke verfiel unterwegs in Tobsucht, und der Begleiterin standen keine anderen Mittel zu Gebote, als sie in ein hiesiges Krankenhaus zu bringen. Hier hatte man große Mühe, der Wahnsinnigen, die sich zu Boden warf und fürchterlich schrie, die Zwangsjacke anzulegen; dann wurde ihr eine Morphiumeinspritzung gemacht. Die Kranke ist jetzt so weit wiederhergestellt, daß sie vom Lehrter Bahnhofe aus die Weiterreise antreten konnte.

— n An der Belle-Alliancebrücke ist während der vergangenen Nacht der große Oderkahn, der schon lange am Ufer der Gitschinerstraße stand, und Kartoffeln zum Verkaufe enthielt, gesunken, und befindet sich nun zur Hälfte unter Wasser. Zum Glück bewohnte der Besitzer den Kahn nicht, die Kajüte ist bis zu den Fenstern mit Wasser gefüllt. Die Feuerwehr erschien mit Dampfspritze und Schlauchwagen, nach genauer Untersuchung stellte es sich aber heraus, daß durch das Herauspumpen des Wassers der Kahn nicht zu retten sei. Sie fuhr daher wieder ab; der Besitzer steht nun rathlos mitten unter dem zahlreich sich ansammelnden Publikum, und sieht von Stunde zu Stunde immer mehr das Fahrzeug in der Spree verschwinden.

— n Zum Aufsuchen eines an der Bellevue-Brücke angeblich in die Spree gefallenen und ertrunkenen sechsjährigen Knaben wurde die Feuerwehr am Montag Abend gleich nach 7 Uhr durch den öffentlichen Feuermelder am Hansaplatz gerufen. Das Spreeufer wurde von der Brücke bis zu der etwa 100 Meter entfernten Badeanstalt mit einem Kahn und Stangen unter Benutzung von Magnetfackeln vergeblich abgesucht. Allem Anschein nach lag eine Irreführung vor, da die Leiche bei der geringen Tiefe des Wassers, die bis auf 5 Meter vom Ufer selbst das Ertrinken eines Kindes ausschließt, anderenfalls zweifellos hätte aufgefunden werden müssen.

— S Zu dem gestern gemeldeten Vorfalle in der Weinstraße wird heute gemeldet, daß es sich nicht um ein Verbrechen, sondern um einen Unglücksfall handelt, worauf schon die Lage des Todten, der mit dem Kopf im Keller, mit den Füßen nach oben lag, hindeutet. Eine Hausbewohnerin hat den Mann schon am Abend anscheinend betrunken auf dem Hofe herumtaumeln sehen, wobei er hinfiel und den Hut verlor. In der Nacht hat die Zeugin ein Geräusch gehört, das von einem Falle zu kommen schien. Der Verunglückte ist wahrscheinlich der Arbeiter Prüfer, dessen Angehörige sich auch schon nach dem Schauhause begeben haben, um ihn zu rekognosciren. Ob der Hauswirth dafür verantwortlich zu machen ist, daß er den Zugang nach der Treppe ohne Sicherheitsvorrichtung gelassen hat, muß das Gericht entscheiden.

— S Als Durchgänger wird der 20jährige Instrumentenmacher Robert Fink verfolgt. Dem Bankier S., der bei den Eltern des Gesuchten wohnte, sind aus seinem Zimmer aus erbrochenen Kassetten dreitausend Mark gestohlen worden. Der Thäter ist offenbar in dem Sohn der Wirthsleute zu suchen, der seit dem 7. d. M. verschwunden ist und von dem man annimmt, daß er sich auf dem Wege nach Amerika befindet.

— (Brände.) Ein Ausrücken der Feuerwehr am Montag Abend 7¾ Uhr nach Behrenstraße 21 war durch den Brand von Holzwolle veranlaßt, mit welcher ein Kellerschacht gegen das Eindringen von Kälte verpackt war. Weißenburgerstraße 51 fand gegen 8½ Uhr ein kleiner Brand statt, durch welchen auf einem Hängeboden Streichhölzer, Stärke- und Papiervorräthe zerstört wurden. Eine kurze Löscharbeit gab es gegen 10½ Uhr Abends Rückerstraße 6 in einer Tischlerwerkstatt zu erledigen, in welcher Werkzeuge, besonders eine große Anzahl hölzerner Schraubstöcke, Theile der Dielung und der Schalbecke aus nicht ermittelter Ursache in Brand gerathen waren. Am Dienstag Vormittag gleich nach 11 Uhr wurde ein Brand Charlottenstraße 53 gemeldet, welcher unter altem Gerümpel in einer Kammer ausgekommen war und mit einigen Eimern Wasser verlöscht werden konnte.

— n Wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit hatte sich am Montag der städtische Lehrer Friedrich Joachim Möhring vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. zu verantworten. Er hatte sich gegen ein seiner Obhut anvertraut gewesenes 15jähriges Mädchen in unsittlicher Weise vergangen, war geständig und wurde zu sieben Monaten Gefängniß verurtheilt.

— nn Im Adolph Ernst-Theater fand am Sonntag 12. d. M., die 50. Aufführung des „Modernen Babylon“ statt. Das Haus war vollständig ausverkauft.

Briefkasten. „Ein alter Inserent.“ Bureau des Johanniterordens hier, W., Potsdamerstraße 134c.

aber eine Vereinigung aller deutschen Landwirthe herbeigeführt werden müsse, welche es sich zur Aufgabe macht, durch lebhafte Agitation in der Oeffentlichkeit die landwirthschaftlichen Interessen zu vertreten und dafür zu sorgen, daß bei den Wahlen nur Männer in die Parlamente geschickt werden, welche sich bereit erklären, ohne Rücksicht auf ihre sonstige politische Richtung einer Vereinigung zur Wahrung wirthschaftlicher Interessen beizutreten.

Der Verein ist so gedacht, daß er seinen Zentralpunkt in der Reichshauptstadt Berlin hat und ihm eine Gliederung in Provinzial- und Kreisverbänden untersteht.

Nun heißt es, auf der beabsichtigten Zusammenkunft

am 18. Februar zu Berlin im Saale der Brauerei „Tivoli" um 3 Uhr Nachmittags

durch die Menge der Anwesenden zu zeigen, welchen Widerhall der Aufruf in der deutschen Landwirthschaft gefunden hat, wie berechtigt die Klagen sind, die er hervorhebt, wie nothwendig es ist, klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß das Darniederliegen des landwirthschaftlichen Betriebes ein allgemeines ist, durchgehend vom größten bis zum kleinsten. Die unterzeichnete Kommission — die in Berlin anwesenden Herren der in der Versammlung vom 4. d. M. gewählten Kommission — sendet an die deutschen Landwirthe die Bitte hinaus, nunmehr zahlreich in der geplanten Versammlung vom 18. d. M. in Berlin zu erscheinen, um dadurch äußerlich zu zeigen, von wie elementarer Gewalt die Bewegung ist, welche die deutschen Landwirthe erfaßt hat.

Wir fordern alle Landwirthe vom größten bis zum kleinsten auf, sich dieser Bewegung anzuschließen, für sie in seinem Kreise Bundesgenossen zu werben.

In der Vorbesprechung am 4. d. M. haben bereits 75 Theilnehmer einen Fonds von über 9000 M. gezeichnet als Grundlage für die Durchführung der geplanten Ziele, denn auch darüber herrschte die vollste Einigkeit, daß ohne Opferfreudigkeit jedes einzelnen nichts zu erreichen ist.

Laßt uns daher zeigen, daß die deutschen Landwirthe in diesem wichtigen Punkte keiner Partei nachstehen, wo es sich um den Kampf für ihre schwerbedrohte Existenz handelt.

Wir richten an alle Landwirthe die dringende Bitte, sich an der Zeichnung zu betheiligen, um so in kürzester Frist einen großen Fonds zu schaffen, welcher die nachhaltige Fortführung des begonnenen Werkes sichert. Die Zahlungen auf Grund dieser Zeichnungen sind zu richten an die Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehns-Bank zu Berlin W., Wilhelmsplatz 6, mit dem Vermerk „Bund der Landwirthe".

Auch am 18. Februar werden in dem Versammlungslokale zu Berlin Listen zum Zeichnen ausliegen.

Damit lediglich Landwirthe und Freunde der Landwirthschaft an der Versammlung theilnehmen, ist der Eintritt nur gegen Vorzeigung von Karten, welche auf den Namen ausgestellt sind, gestattet. Dieselben sind zu erhalten von den Vorständen sämmtlicher landwirthschaftlichen Vereine und jedem Mitgliede der unterzeichneten Kommission, sowie der Redaktion der „Landw. Thierzucht" in Bunzlau i. Schl. und vom 16. d. M. ab von 9—12 Uhr Vormittags und 3—5 Uhr Nachmittags in dem Bureau des „Deutschen Bauernbundes", **Berlin, Wilhelmstr. 91, Hof 1 Tr.**

Sorgen wir dafür, daß unsere Bundesgenossen aus allen Theilen Deutschlands am 18. Februar zusammenströmen, um durch die Einmüthigkeit ihrer Beschlüsse zu zeigen, daß die deutsche Landwirthschaft gesonnen ist, den ihr aufgezwungenen Kampf mit Energie und Opferwilligkeit durchzuführen. Nur wenn wir alle einig sind, und wenn wir keine Opfer scheuen, werden wir denselben zu einem glücklichen Ende führen.

Als Namen der neu zu gründenden Vereinigung hat die unterzeichnete Kommission festgesetzt:

„Bund der Landwirthe".

Die Kommission:

v. Ploetz-Döllingen, Vorsitzender, Berlin W., Bureau des „Deutschen Bauern-Bundes", Wilhelmstraße 91. **Lehmann**-Gr. Mahner bei Salzgitter, Hannover. Frhr. v. **Wangenheim**-Kl. Spiegel bei Gr. Wellen, Pommern. Dr. **Rösicke**-Görsdorf bei Dahme, Brandenburg. **Schacht**-Sadewitz bei Kanth, Schlesien. v. **Knebel-Döberitz**, Friedrichsdorf bei Falkenburg, Pommern. **Landmann**-Renkersdorf, Königr. Sachsen. **Lehr**-Kl. Nakel bei Harmelsdorf, Wpr. Oekonomierath **Demuth**-Berne bei Reinsen, Schlesien. **Ruprecht**-Ransern bei Deritz, Schlesien. v. **Knebel-Döberitz**, Zülshagen bei Dramburg, Pommern. **Jablonski**, Redakteur der „Landw. Thierzucht", Bunzlau. v. **Sydow**-Dobberphul, Mark. **Oeppins**-Hohenstein bei Appelwerder, Wstpr. **Hirt**-Kamerau bei Schweidnitz. **Aschendorf**-Berlin, Lebuserstraße 4.

Versammlung von Vertrauensmännern der Konservativen Berlins.

ob Auf Einladung des Landgerichtsraths Dr. Andrae und des Geh. Kanzleiraths Engelke waren Montag Abend an zweihundert Vertrauensmänner der konservativen Partei aus allen Bürgervereinen und Körperschaften in dem Saale des Brandenburger Hauses, Mohrenstraße 47, versammelt.

Zuerst wurde über die Begründung eines Wahlvereins der Deutsch-Konservativen Berlins berathen. [illegible]

Vermischtes.

Magnitz, 10. Februar. Seit einiger Zeit wird, wie der „N. Allg. Ztg." berichtet wird, unser Ort durch die von einem Schiffer aus Rußland eingeschleppten schwarzen Pocken heimgesucht. In einer Reihe von Familien liegen Personen darnieder, mehrere Patienten sind der Krankheit bereits erlegen. Gegen Weiterverbreitung der Krankheit sind die umfassendsten Maßregeln getroffen.

Aus der Provinz Hannover, 13. Februar. Nicht nur Photographieen des Königlichen Gymnasiums zu Göttingen, sondern auch solche der dortigen städtischen Schulanstalten werden auf der Weltausstellung in Chicago ausgestellt werden. Göttingen ist die erste deutsche Stadt, welche Badeeinrichtungen für Volksschulen eingerichtet und Schulbäder eingeführt hat; auch ist sie die erste Stadt Deutschlands gewesen, welche einen Desinfektions-Apparat zum öffentlichen Gebrauch, wie der „Hannov. Kur." meldet, aufgestellt hat. Zur Ausstellung kommt auch ein Modell dieses Apparats.

B **Freiburg** (Baden), 11. Februar. Der Koburger L. C., der Verband deutscher Landsmannschaften auf deutschen Hochschulen, feiert, wie bereits bekannt gegeben, in diesem Jahre die Feier seines 25jährigen Bestehens. Der Koburger L. C. hat davon absehen müssen, die Feier in Koburg selbst abzuhalten, da die Zahl der angemeldeten Theilnehmer schon jetzt eine so große ist, daß Koburg für die Abhaltung der Feier zu klein erscheint. Leipzig ist daher als Festort gewählt worden. Die Feier findet Ende Juli und Anfang August statt.

Erdbeben.

Philippopel, 13. Februar. (D. B. H.) Heute hat sich das Erdbeben mit größerer Heftigkeit als vorgestern wiederholt. Mehrere Häuser sind beschädigt.

Nisch, 13. Februar. (D. B. H.) Gestern wurde hier ein Erdbeben von kurzer Dauer wahrgenommen, das jedoch keinen Schaden anrichtete.

Vom Wetter.

B **Aus der Grafschaft Mark** (Westfalen), 13. Februar. Am 10. Februar wüthete hier ein Sturm, welcher mancherlei Schaden an Häusern, Dächern und Bäumen angerichtet hat. Dabei fielen ungeheure Regenmassen zur Erde, welches Gießen mit kleinen Unterbrechungen bis heute, wo es zu schneien anfängt, andauerte. Die Lippe und Ruhr sind weit ausgetreten und wir können Gott danken, daß der Eisgang schon vorüber war, als diese Fluthen kamen, sonst würde großer Schaden angerichtet worden sein.

Kassel, 14. Februar. (Privat-Telegramm.) Die Fulda tritt in ihre Ufer zurück; auch die Nebenflüsse sind zurückgegangen. Dagegen wird ein weiteres Steigen der Werra und der Lahn gemeldet.

Leipzig, 14. Februar. (D. B. H.) Aus ganz Sachsen wird Hochwasser gemeldet. Die Elbe, die Elster und die Mulde steigen rapid. In Elsterberg stehen große gewerbliche Etablissements unter Wasser. Die Bahnstrecke Oschatz-Zschöllau ist unfahrbar. In Dresden-Altstadt ist der Verkehr am Elbquai eingestellt.

Wien, 13. Februar. (W. T. B.) Der Eisstoß auf der Donau hat sich heute Abend zwischen 10 und 11 Uhr sowohl auf dem Hauptstrome in Nußdorf wie auf dem Durchstich am Prater in der ganzen Breite des Stromes in Bewegung gesetzt. Der Wasserstand beträgt bei Nußdorf 500 cm., am Prater 480 cm. über dem Normalstande.

Prag, 13. Februar. (W. T. B.) Die untere Moldau ist zwischen Weltrus und Kralup ausgetreten. Die niedrig gelegenen Ortschaften sind überschwemmt, der Wasserstand ist höher, als im September 1890 und beträgt bei Weltrus 7½ Meter über der normalen Höhe.

Prag, 14. Februar. (W. T. B.) Hier und in allen umliegenden Ortschaften ist der Wasserstand gefallen und die Gefahr geschwunden.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 14. Februar. (W. T. B.) Einer Lloyddepesche zufolge verlautet, daß der deutsche Dampfer „Sansibar", von Madagascar über Sansibar und anderen Häfen nach Europa gehend, unterwegs von einem heftigen Orkan heimgesucht wurde. Eine Bestätigung der Nachricht steht noch aus.

Bremen, 14. Februar. (W. T. B.) (Norddeutscher Lloyd.) Der Reichspostdampfer „Oldenburg", von Australien kommend, hat am 12. Februar 4 Uhr Morgens die Reise von Southampton nach Antwerpen fortgesetzt, hat am 12. Februar 1 Uhr Nachmittags Dover passirt und ist am 13. Februar 11 Uhr Vormittags in Antwerpen angekommen. — Der Postdampfer „Berlin", von Brasilien kommend, hat am 12. Februar 6 Uhr Morgens die Reise von Antwerpen nach Bremen fortgesetzt und ist am 13. Februar 2½ Uhr Nachmittags auf der Weser angekommen. Der Postdampfer „Baltimore" vom La Plata kommend, hat am 12. Februar Nachmittags [illegible]

Gothenburg, 14. Februar. (D. B. H.) [illegible]

Christiania, 14. Februar. (D. B. H.) [illegible]

Sturmwarnung.

Berlin, 14. Februar. [illegible]

Berliner Wetterbureau.

Telegraphische Korrespondenzen.

Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.

Wien, 14. Februar. (W. T. B.) [illegible]

Paris, 14. Februar. (W. T. B.) Bei dem gestern stattgehabten Bankett der britischen Handelskammer hielt der englische Botschafter Lord Dufferin eine Rede, in welcher [illegible]

[illegible]

Handel, Gewerbe und Industrie.

New-York, 13. Februar. (W. T. B.) Der Dampfer „Elbe" wird am Mittwoch 1500000 Dollars Gold nach Europa mitnehmen.

Letzte Börsen-Nachrichten.

Amtlicher Berliner Getreidebericht vom 14. Februar.

Weizen mit Ausschluß von Rauhweizen per 1000 Kilo loko 140—158 nach Qual., Lieferungsqualität 153 M., gelb. märk. 154, per April-Mai 154,5—154,75 bez., per Mai-Juni 155,75—156 bez.

Roggen per 1000 Kilogr. loco 125—136 n. Qual., Lieferungsqualität 132 M., inländischer guter 134—134,5 ab Bahn bez., per April-Mai 138—137,75—138 bez.

Gerste per 1000 Kilogr., große und kleine 138—175 nach Qual. Futtergerste 115—135.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 140—160 n. Qu., Lieferungsqualität 143 M., pommerscher mittel bis guter 141—144, feiner 145 bis 149, preußischer mittel bis guter 141—144, feiner 145—149, schlesischer mittel bis guter 142—146, feiner 147—150, per diesen Monat 144 M., per April-Mai 143,25—144 bez., per Juni-Juli 144,5 bis 145 bez.

Mais per 1000 Kilogr. loko 125—136 n. Qual., per April-Mai 110,5 bez., per Mai-Juni 109,5 bez., per Juni-Juli 109,5 bez.

Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 160—205 n. Qual., Futterwaare 135—148 n. Q.

Weizenmehl loko per 100 Kilogr. brutto einschließlich Sack Nr. 00 22,5—20,5, Nr. 0 20,25—18. Feine Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl loko Nr. 0 u. 1 18,25—17,5, do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19,25—18,25. Roggenmehl Nr. 0 1½ M höher als Nr. 0 u. 1.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. brutto einschließl. Sack per diesen Monat 18,15 M., per April-Mai 18,25 bez., per Mai-Juni 18,4 bez., per Juni-Juli 18,5 bez.

Rüböl per 100 Kilogr. loko per diesen Monat 53 M., per April-Mai 52,9—53,1—53 bez., per Mai-Juni 53 bez., per September-Oktober 52,8—52,7 bez.

Spiritus mit 50 Mark Verbrauchsabgabe ohne Faß per 100 Liter zu 100 pCt. = 10 000 pCt. nach Tralles, loko 52,9 bez.

Spiritus mit 70 Mark Verbrauchsabgabe ohne Faß per 100 Liter zu 100 pCt. = 10 000 pCt. nach Tralles loko 33,3—33,2—33,3 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe mit Faß per 100 Liter zu 100 pCt. = 10 000 pCt. nach Tralles, per diesen Monat 31,9—31,8—32,1 bez., per April-Mai 32,6—32,5—32,9 bez., per Mai-Juni 33—32,8—33,2 bez., per August-September 34,5—34,4—34,7 bez.

Wetter: Regen. Wind: W.

Stettin, 14. Februar. Weizen matt, loko 145—152, per April-Mai 153,75, per Mai-Juni 155,50. Roggen matt, loko 126—130, per April-Mai 134,50, per Mai-Juni 135,50. Pomm. Hafer 133—138. Rüböl fest, per April-Mai 53,00, per September-Oktober 53,00. Spiritus niedriger, loko 70er 31,00, per April-Mai 31,40, per August-September 33,40. Petroleum loko 10,40.

Posen, 14. Februar. Spiritus loko ohne Faß 50er 49,70, do. 70er 30,20. Tendenz: Matter. — Wetter: Regen.

Breslau, 14. Februar. Spiritus per 100 Liter 100 pCt. ausschl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Februar 49,90, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Februar 30,40, do. do. per April-Mai 32,30. Roggen per Februar 131,00, per April-Mai 137,00, per Mai-Juni 139,00. Rüböl per Februar 53,50, per April-Mai 54,00. Zink: umsatzlos. — Milde.

Magdeburg, 14. Februar. Zuckerbericht. Kornzucker ausschließlich von 92 pCt. 15,10. Kornzucker ausschl. von 88 pCt. Rendement 14,40. Nachprodukte ausschließl. 75 pCt. Rendement 12,00. Ruhig. Brodraffinade I. 27,75. Brodraffinade II. 27,50. Gem. Raffinade mit Faß 28,00. Gem. Melis I., mit Faß 26,25. Ruhig. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Februar 14,22½ Gd., 14,30 Br., per März 14,25 Gd., 14,27½ Br., per April 14,30 Gd., 14,35 Br., per Mai 14,40 bez., 14,42½ Br. Ruhig.

Mannheim, 14. Februar, Nachm. 1 Uhr. Weizen per März 16,80, per Mai 16,80, per Juli 16,95. Roggen per März 14,45, per Mai 14,45, per Juli 14,75. Hafer per März 14,65, per Mai 14,65, per Juli 14,85. Mais per März 11,50, per Mai 11,35, per Juli 11,15.

Pest, 14. Februar. Weizen loko billiger, per Frühjahr 7,45 Gd., 7,46 Br., per Herbst 7,59 Gd., 7,60 Br. Hafer per Frühjahr 5,48 Geld, 5,50 Br. Mais per Mai-Juni 4,74 Gd., 4,75 Br. Kohlraps per August-September 11,55 Gd., 11,60 Br. Schön.

London, 14. Februar, Vormittags 11 Uhr 25 Min. 2¾proz. Konsols 98⅞. 1889er Russen II. Em. 99⅞. Italiener 91⅞. Lombarden 8⅞. Konv. Türken 22⅞. 4prozent. ungar. Goldrente 95⅞. 4proz. unifiz. Egypter 99⅞. 3½proz. Egypter 94⅞. Ottomanbank 13⅞. Spanier 61¼. 6proz. kons. Mexikaner 81¼. Rio Tinto 15 5/16. Argent. 5prozent. Goldanl. von 1886 65⅞. Argent. 4½proz. äuß. Goldanl. 37½. Rupees 64⅞. Portugiesen 21⅞. 1881er Griechen 68¼. 1887er Monopol-Griechen 59⅞. 6proz. fund. Argent. 66. Fest. — Veränderlich.

London, 13. Februar. Wollauktion. Stimmung fest, Preise behauptet.

Liverpool, 13. Februar, Nachm. 1 Uhr 10 Minuten. Baumwolle. Umsatz 6000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Ruhig. Amerikaner und Egypter 1/16 niedriger. Middl. amerik. Lieferungen: Februar-März 4⅞ Verkäuferpreis, März-April 4 49/64 Käuferpreis, April-Mai [illegible] do., Mai-Juni 4 53/64 Verkäuferpreis, Juni-Juli 4 55/64 do., Juli-August 4⅞ Käuferpreis, August-September 4⅞ Verkäuferpreis, September-Oktober 4 25/32 d. Käuferpreis.

Börse von Berlin, 14. Februar.

Fondsbörse. Die heutige Börse verkehrte in schwankender Tendenz. Die Spekulation fühlt sich unsicher, da auf der einen Seite wohl die Parteinahme der Rothschild-Gruppe für die Haussebestrebungen evident ist, auf der anderen Seite aber die Betheiligung des Publikums am Ultimo-Spiel offenbar sehr gering ist, für die Berufs-Spekulation also die Aussicht bestehen bleibt, die Engagements unter sich ausgleichen zu müssen. Daher zeigt die Börse eine nervöse Unruhe, beginnt jetzt plötzlich eine besondere Kategorie von Ultimopapieren zu favorisiren, um gleich darauf mit überstürzten Realisationen vorzugehen. Heute begann die Börse in fester Tendenz. Der Abschluß der Dresdner Bank befriedigte meist, daher bestand für Bankaktien gute Meinung. Bevorzugt wurden Deutsche Bank, während Kommandit und Handelsantheile vorwiegend angeboten waren. Namentlich in der zweiten Stunde machte sich bei stillerem Geschäft hierin eine Abschwächung bemerkbar, die übrigens sich auf den ganzen Markt mit Ausnahme der Renten erstreckte. Oesterreichische Bahnen fest; italienische Bahnen lebhafter zu Deckungen begehrt. Schweizer Bahnen still und gut behauptet. Deutsche Bahnen setzten etwas höher ein, fanden dann aber kein Interesse mehr. In Montanwerthen überwog die Realisationslust und die Kurse gingen etwas zurück. Auf dem Rentenmarkt herrschte Haussetendenz. Für Merikaner namentlich bestand die lebhafteste Frage, der Kurs gewann über 1 pCt. Ungarische Goldrente und Kronenrente steigend, dreiprozent. Reichsanleihe 0,30 pCt. besser, Rubelnoten schwankend. Privatdiskont 1¼ pCt.

Produktenbörse. Dem Markt fehlt jede Anregung. Chicago hatte gestern Feiertag, in New-York war auf ungünstige Meldungen von den europäischen Plätzen gestern die Haltung schwach, was bei dem jetzigen stillen Geschäft nicht ohne Rückwirkung auf den hiesigen Platz blieb. Im ganzen aber stagnirt hier der Verkehr völlig. Die Spekulation hält sich andauernd von jeder nennenswerthen Betheiligung zurück. In Brotgetreide dürften heute kaum irgendwie nennenswerthe Abschlüsse zu Stande gekommen sein. Weizen lag auf die Meldungen über den Verlauf der New-Yorker Börse eher schwach und etwa ½ Mark niedriger. Vom Roggenmarkt ist nichts zu melden, die Notirungen sind gegen gestern unverändert. Reger ist das Geschäft am Hafermarkt, wo sich einige Bedarfsfrage nach der langen Zurückhaltung entwickelt. Preise gut behauptet. Mais unverändert und ohne jeden Verkehr. Roggenmehl still und wenig verändert. Am Rübölmarkt waren die Preise behauptet. Es ist ein größerer Posten Waare von hier nach England verkauft worden, andererseits lagen einige Abgaben aus der Provinz vor. Am Spiritusmarkt wirkten die gestern bekannt gewordenen, wenig günstigen Produktions- und Bestandziffern zunächst ungünstig, doch trat bald auf hervorkommenden stärkeren Deckungsbegehr für ältere Verpflichtungen eine Besserung ein, so daß Loko wie Termine die gestrigen Schlußpreise behaupten konnten. Der Verkehr war zeitweilig recht lebhaft.

1. Ziehung der 2. Klasse 188. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 14. Februar 1893, Vormittags.

Nur die Gewinne über 165 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

28 53 102 56 261 326 507 601 46 49 774 80 901 1047 144 87 263 [illegible]

[illegible]

Inserate.

Die

Heeresvorlage und die Silberfrage

von

Graf Kanitz-Podangen

ist nunmehr als Broschüre erschienen und von dem Verlag der „Kreuz-Zeitung" gegen Einsendung von 20 Pf. in Briefmarken franko zu beziehen.

Königliche Theater.

Opernhaus.

Mittwoch, den 15. Februar. 40. Vorstellung. Die Hexe. Oper in 4 Akten von August Enna. Text nach Arthur Fitgers Drama „Die Hexe", übersetzt von Marx v. Borch. In Scene gesetzt vom Ober-Regisseur Tetzlaff. Dirigent Kapellmeister Dr. Muck. — Slavische Brautwerbung. Tanzbild von Emil Graeb. Musik komponirt und arrangirt von P. Hertel. (Mit Einlagen von J. Brahms.) Dirigent Musikdirektor Hertel. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Donnerstag, den 16. Februar. 41. Vorstellung. Bajazzi (Pagliacci). Oper in 2 Akten und einem Prolog. Musik und Dichtung von R. Leoncavallo, deutsch von Ludwig Hartmann. Vorher: Die Jahreszeiten. Tanz-Poem in 2 Akten und 4 Bildern von E. Taubert und E. Graeb. Musik von P. Hertel. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.

Mittwoch, den 15. Februar. 46. Vorstellung. Des Meeres und der Liebe Wellen. Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer. In Scene gesetzt vom Ober-Regisseur Max Grube. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Donnerstag, den 16. Februar. 47. Vorstellung. Vasantasena. Drama in 5 Aufzügen von Emil Pohl, mit freier Benutzung der Dichtung des altindischen Königs Sudraka. Anfang 7 Uhr.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a/5.

Mittwoch: **„Tosca."** Schauspiel in 4 Akten von V. Sardou. Anfang 7½ Uhr. Frl. Barkany als Gast. [1521]

Donnerstag: **„Tosca."**

Deutsches Theater. [1141]

Mittwoch: **Zwei glückliche Tage.**

Donnerstag: **Der Talisman.**

Freitag: **Zwei glückliche Tage.**

Lessing-Theater. [1461]

Mittwoch: **„Heimath."**

Donnerstag: **Das gelobte Land.**

Freitag: **Eine Palastrevolution.**

Berliner Theater. [1509]

Mittwoch: **Othello.** (Agnes Sorma, Nuscha Butze, Ludw. Barnay, Ludw. Stahl.)

Donnerstag: **Der Hüttenbesitzer.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. [1570]

Der Garde-Husar. Anfang 7 Uhr.

Wallner-Theater. [1470]

Mittwoch: **Die Grossstadtluft.**

Donnerstag: **Der Fall Clémenceau.**

Freitag: **Der Probepfeil.**

Krolls Theater. [1550]

Mittwoch: Erstes Gastsp. von Sgra. Emma **Nevada: „Der Barbier von Sevilla."** (Rosine: Sgra. Nevada; Almaviva: Sgr. Pandolfini; Figaro: Sgr. de Padilla.) Anfang 7 Uhr.

Donnerstag: **„Der schwarze Domino."**

Wintergarten.

! Neues großes glänzendes Programm! [1481]

The Eugene's Reckturnkünstler

In dieser Vollendung in Berlin noch nie gesehen.

The Eddy's Gentleman-Akrobaten.

Anfang 7½ Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Donnerstag, den 16. Februar

Die größte Sensation in dieser Saison!!! **Das boxende Känguruh!!!**

Victoria-Theater.

Belle-Alliancestraße 7/8. [1490]

„Die Reise um die Welt in 80 Tagen."

Anfang 7½ Uhr.

Adolf Ernst-Theater. [1561]

Zum 55. Male:

Modernes Babylon.

Residenz-Theater. [1570]

Anf. 7 Uhr. „Gläubiger" von Strindberg. 8½ Uhr: Familie Pont-Biquet.

Thomas-Theater. [1533]

Gastspiel des Wiener Ensemble. Nestroy-Cyklus.

Volksthüml. Preise. Parquet 1,50 M.

„Einen Jux will er sich machen."

Kassenöffn. 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.

Morgen dieselbe Vorstellung.

Theater Unter den Linden.

Heute: **Lachende Erben.** Operette.

Die Sirenen-Insel. Ballet.

Anf. 7½ Uhr. Kassenöffnung 6½ Uhr. [1562]

Apollo-Theater. [1510]

Gastspiel der **Compagnie d'opérettes française.**

Les Mousquetaires au Convent.

(Die Musketiere im Damenstifte.)

Opéra comique en 3 Actes paroles de Mm. Ferrier et Prevel. Musique de **L. Varney.**

Kassen-Eröffnung 6½. Anfang 7¼ Uhr.

Ende vor 10 Uhr.

Rössners Zauber-Theater.

U. d. Linden 21. (Neben der Passage.)

Heute und folgende Tage täglich zwei große Vorstellungen.

Nachmittag 4—6 Uhr:

Kinder-Vorstellung

und zahlen Kinder u. Erwachsene halbe Preise.

Abends Anfang 7½ Uhr: Elite-Vorstellung.

Gastspiel von Frl. Rößner.

In beiden Vorstellungen neues Programm.

Tagesbilletverkauf Morgens 10—1 Uhr.

Vereins- und Privatvorstellungen werden angenommen. [1541]

Kurfürsten-Hotel u. Pensionat.

W., Kurfürstenstr. 105. [531]

möbl. Zimm. mit u. ohne Pension. Sol. Preise

American-Theater.
[1501] Dresdenerstraße 55. Neuität.
Der Dussel. Neuität.
(Nulpus.)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oskar Wagner.
(Klemm-Edle Martin-Bondix.)
Alfred Bender Original-Vortrag
in seinem neuesten
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg!
Die Trockenwohner.

Circus Renz.
Karlstraße. [5101]
Mittwoch, 15. Februar, Abends 7½ Uhr: Brillante Extra-Vorstellung mit besonders gewählten Programm unter Mitwirkung sämmtlicher Kunstpferdabtheilungen, sowie Mr. **James Filles** mit dem Schulpferde **„Marklor-Concert u.** Bal hippique von 8 Schimmelhengsten, Quadrille Friedrichs des Großen, geritten von 8 Damen u. 8 Herren. Den Acet, Schulpferd, ger. v. Frl. Martens, **Pansch,** schwed. Hornpyramide ꝛc. Zum Schluß der Vorst.: **Ein Kunstlerfest.**
Große Ausstattungspantomime. Auf das Glänzendste ausgestattet und inscenirt vom Director Th. Renz. Ueberraschende Decor- u. Wassereffecte. Ballet von mehr denn **100 Damen.** Großartiger, in solcher Pracht noch niemals gesehener **Blumentorso** ꝛc. Morgen Wiederholung mit neuem Programm und **Künstlerfest.**

Scandinavischer Circus.
Friedrich-Karl-Ufer. [5060]
Heute Abend 7½ Uhr: **Außerordentliche Vorstellung.** 2. 5. M.: Noch nie da gewesen. Das **Aeronauten-Pferd Cromwell, aufsteigend bis zur Kuppel mit Fallschirm-Absturz** von der ganzen Höhe des Circus. Das einz. Pferd der Welt, welches diese Produktion ausführt. **Die Aar,** in der hohen Schule ger. v. Dir. A. Schumann. **Potpourri der wunderbaren Rappenquipe,** in den Original-Dressuren d. Dir. A. Schumann. **Kom. Pantomime.** Alles Nähere in den Tages-Anzeigen. Der Circus bleibt nur noch kurze Zeit.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen.

Seine Verlobung mit Fräulein Gertrud Wilberg, einzigen Tochter des verstorbenen Kaufmanns Herrn Julius Wilberg und seiner Gemahlin Josephine, geb. Palm, beehrt sich hierdurch anzuzeigen
Alfred von Sowinski,
Premier-Lieutenant im Garde-Schützen-Bataillon, kommandirt zum Generalstabe.
[2162] Görlitz, den 7. Februar 1893.

Geburten.

Die heute früh erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Anna, geb. von Weber, von einem gesunden Mädchen beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
Hannover, den 12. Februar 1893.
von Rauch,
[11080] Major im Generalstabe.

Todesfälle.

Heute früh 2½ Uhr entschlief nach längeren schweren Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die verwittwete
Frau Professor
Josefine Börsch,
geb. **Bittmar.**
Um stille Theilnahme bittet tiefbetrübt im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Dr. phil. A. Börsch,
ständiger Hülfsarbeiter im Königl. Geodätischen Institut zu Potsdam.
Berlin W., den 12. Februar 1893.
Eisenacherstr. 2. [2156]
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. M., Vormittags 11 Uhr, von der Kapelle des alten Zwölf-Apostel-Kirchhofes in Schöneberg, Kolonnenstraße, aus statt.

Gestern Abend 10½ Uhr verschied sanft nach kurzer Krankheit in Folge Lungenentzündung im 60. Lebensjahre unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter,
[5700]
verwittwete Frau Ober-Stabsarzt
Marie Ulrich, geb. Schück.
Brandenburg a. H., d. 12. Februar 1893.
Die trauernden Hinterbliebenen.

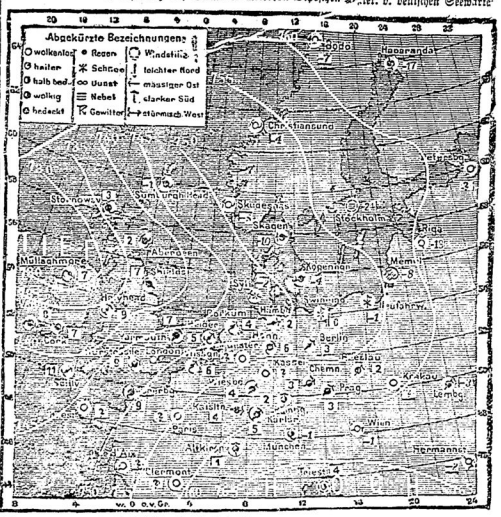
Allen seinen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß uns heute früh 3¼ Uhr unser theurer Gatte und Vater, der Königl. Preuß. Oberstlieutenant z. D.
Herr Friedrich Wilhelm Alexander von Woedtke
nach kurzer schwerer Krankheit durch den Tod entrissen wurde. [11081]
Dresden, den 13. Februar 1893.
Isidore von Woedtke,
geb. von Römer.
Marie von Woedtke,
als Tochter.

Am Sonntag, den 12. Februar 1893, verschied im Elternhause zu Kolmar i. E. infolge einer Gehirnentzündung
der Königliche Sekonde-Lieutenant im Jäger-Bataillon von Neumann (1. Schlesischen) Nr. 5
Herr Hans von Jordan.
Das Offizierkorps betrauert in dem Dahingeschiedenen einen jungen hoffnungsvollen Offizier und liebenswerthen Kameraden, welchem es für alle Zeit ein treues Andenken bewahren wird.
Hirschberg, den 13. Februar 1893.
Im Namen des Offizierkorps
Freiherr von und zu Egloffstein,
Oberstlieutenant und Kommandeur des Jäger-Bataillons von Neumann (1. Schlesischen) Nr. 5.
[11083]

Am 12. d. M. entschlief nach kurzem Kranksein zu Helsen bei den Ihren im 78. Lebensjahre
Fräulein Friedrike Valentin,
Kammerfrau weiland Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Carl zu Waldeck, meiner in Gott ruhenden Frau Mutter. Die Verstorbene trat vor 51 Jahren in die Dienste unseres Hauses — ein Vorbild unermüdlicher Pflicht-Erfüllung und Treue. Sie lebte in den letzten Jahren theils in Helsen, theils in meinem Hause, wo ihr Andenken in Ehren bleiben wird immerdar.
Offenh. 14, 15.
Alten-Bildungen, den 13. Februar 1893.
Prinz Heinrich zu Waldeck und Pyrmont.
[11082]

Erläuterungen zur Wetterkarte.
Die Wetterprognose ist auf Grund lokaler Beobachtungen u. d. meteorologischen Depeschen-Materials der Deutschen Seewarte aufgestellt.
Die eingeschriebenen Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Barometerstande, durch die Werte „Hoch" und „Tief" werden barometrische Maxima u. Minima angedeutet.

Wetterkarte vom **14. Februar, 8 Uhr Morg.** Entworfen vom Berl. Wetter-Bür. statt Dr. Leß u. Lipkowitz auf Grund d. meteorol. Depeschen-Mater. d. deutschen Seewarte.



Wetterprognose für Mittwoch, 15. Febr. Ziemlich warmes, vorwiegend trübes Wetter mit Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Barometer und Thermometer bei Petitpierre in Berlin.

	Barometer	Thermom.
13. Febr. Abds. 9 U.	27 3,10 8 Am.	+ 0,6 Gr.
14. Febr. Mrgs. 7 U.	27 3, 9 4 Am.	+ 2,2 Gr.
14. Febr. Mitt. 1½ U.	27 3, 9,4 Am.	+ 5,5 Gr.

Uebersicht der Witterung.
Ein tiefes barometrisches Minimum ist nördlich von Irland erschienen, zu Aberdeen Südoststurm, in der Kanalgegend stürmische Südwestwinde vorherrschend, deren Ausbreitung ostwärts wahrscheinlich ist. In Deutschland ist bei durchweg mäßigen südlichen und südwestlichen Winden das Wetter mild, im Norden trüber, im Süden vielfach heiter.

Kurse der Berliner Börse vom Dienstag, den 14. Februar 1893.

Amtlicher Theil.

Wechsel.

Amsterdam	8 T.	169,10 bz	
	2 M.	168,30 bz	
Brüss. und Antw.	8 T.	81,15 bz	
	2 M.	80,95 bz	
Kopenhagen	8 T.	112,25 bz	
	2 M.	111,40 bz	
London	8 T.	20,43 bz	
	3 M.	20,33 bz	
Norwegen	8 T.	112,25 bz	
	2 M.	111,40 bz	
Paris	8 T.	80,95 bz	
	2 M.	80,75 bz	
Schweden	8 T.	112,25 bz	
	2 M.	111,40 bz	
Wien u. Pr. W.	8 T.	168,80 bz	
	2 M.	167,90 bz	
Schweiz. Plätze	8 T.	81,10 bz	
Italienische Plätze	8 T.	77,80 bz	
	2 M.	—	
Petersburg	8 T.	252,50 bz	
	3 W.	250,50 bz	
Warschau	8 T.	251,50 bz	

Bankdiskonto.

Amsterdam 5%, Brüssel, Kopenhagen 5%, Lissabon 6%, London 3%, Madrid, Paris, Petersburg 6%, Schweiz. Plätze 4%, Stockholm 5%, Wien 5%, Italien 5%, Christiania 6%, Bukarest 8%, Athen 7%, Konstantinopel 9%, Alexandrien 7%, Bombay 8%, Buenos-Aires 7%, Calcutta 9%, Canada 6%, Capstadt 7%, Chile 9%, China 9%, Java 7%, Japan 7%, Mexiko 8%, Montevideo 8%, Neuyork 6%, Rio de Janeiro 8%, Valparaiso 9%.

Gold-Sorten.

Dukaten pr. Stück	—	—
Souvereigns	—	20,36 bz
20 Francs-Stücke	—	16,20 bz
Dollars	—	—
Imperials	16,75 bz	—
" 500 Gr.	—	—
" 100 Gr.	—	—
Am. Noten pr. 500 Fl.	417,50 G	—
" Engl. Noten	—	20,43 bz
Oesterr. Noten	—	168,80 bz
Russische Noten	—	252,50 bz
Serbische Noten	—	80,50 bz
Französische Noten	—	80,95 bz
Italienische Noten	—	77,80 bz
Belgische Noten	—	81,15 bz
Holländische Noten	—	169,10 bz
Dänische Noten	—	112,25 bz
Schwedische Noten	—	112,25 bz
Norwegische Noten	—	112,25 bz
Türkische Noten	—	—
Rumänische Noten	—	—
Schweizer Noten	—	81,10 bz

Fonds- u. Staats-Papiere.

Deutsche Reichsanleihe 4 — —
Deutsche Reichsanleihe 3½ — —
Preuß. konsol. Anleihe 4 — —
" " 3½ — —
" " 3 — —
Preuß. Staats-Anleihe 4 — —
" " 3½ — —
" " 3 — —
Preuß. Staatsschuldsch. 3½ — —
Berliner Stadt-Obligat. 4 — —
" " 3½ — —
" " 3 — —
Berliner Pfandbriefe 4 — —
" " 3½ — —
Berliner Pfandbriefe 3 — —
Berliner Stadt-Pfandbr. 4 — —
" " 3½ — —
Berliner Stadt-Pfandbr. 3 — —
Berliner Stadt-Obligat. 4 — —
" " 3½ — —
Berliner Stadt-Obligat. 3 — —
Berliner Kommunal-Anl. 4 — —
" " 3½ — —
Berliner Kommunal-Anl. 3 — —
Berliner Pfandbriefe 4 — —
" " 3½ — —
Berliner Pfandbriefe